

# MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXIV. Jahrgang, Nr. 2

Februar 1951

## Inhalt

### Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Erfolgreiche Eindämmung der Winterarbeitslosigkeit — Trotz hohen Exporten angespannte Devisenlage — Tendenz steigender Preise und Löhne — Problematische Agrarpreisrelationen — Zusätzliche Budgetbelastungen

*Währung, Geld- und Kapitalmarkt; Die Counterpartmittel und ihre Verwendung — Preise, Löhne, Lebenshaltungskosten — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Gewerbliche Produktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr — Außenhandel*

### Stand und Entwicklung der österreichischen Viehwirtschaft

Österreichische Wirtschaftszahlen (*Genauere Inhaltsangabe auf der 3. Umschlagseite*)

Internationale Wirtschaftszahlen (*Weltmarktpreise*)

## Die wirtschaftliche Lage in Österreich

**Erfolgreiche Eindämmung der Winterarbeitslosigkeit — Trotz hohen Exporten angespannte Devisenlage — Tendenz steigender Preise und Löhne — Problematische Agrarpreisrelationen — Zusätzliche Budgetbelastungen**

Die günstigen Ergebnisse der Ausfuhr und der Industrieproduktion sowie das bemerkenswerte Sinken der Arbeitslosigkeit seit Mitte Jänner weisen auf einen guten Start im Frühjahr hin. Andererseits droht die österreichische Wirtschaft in eine schwierige Lage zu geraten, weil die Weltmarktpreise steigen, wichtige Rohstoffe sich verknappen, die Kohleneinfuhr gedrosselt werden muß und die „Initial position“ und der Devisenbestand der Nationalbank schrumpfen. Die Spannungen werden noch dadurch verschärft, daß auch andere Probleme, wie die auf die Dauer unhaltbare Agrarpreissituation und der infolge Schwindens der Auslandshilfe notwendige Abbau der Subventionen, in absehbarer Zeit gelöst werden müssen. Nicht zuletzt erwachsen auch dem Budget Belastungen, die im Voranschlage nicht oder nicht ausreichend berücksichtigt werden konnten. Die bisherigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen haben die ungünstigen Rückwirkungen der Rüstungskonjunktur auf die österreichische Wirtschaft nur unzulänglich eingedämmt und nicht verhindert, daß die (an sich notwendige) Steigerung des Exportes vielfach auf Kosten der übrigen Wirtschaft erfolgte.

Diese nur kurz und unvollständig angedeuteten Schwierigkeiten und Befürchtungen mögen angesichts

der außerordentlichen Steigerung der *Ausfuhr* in den letzten Monaten etwas übertrieben scheinen. Tatsächlich war das Ausfuhrvolumen Österreichs im vierten Quartal 1950 bereits um ein Drittel höher als im Jahre 1937 — ein außergewöhnlicher Fortschritt, wenn man bedenkt, daß das Ausfuhrvolumen in den Jahren 1949, 1948 und 1947 erst 70%, 52% und 26% von 1937 erreicht hatte. Im Jänner 1951 übertraf der saisonbereinigte Index der Ausfuhr das Ergebnis vom Dezember 1950 noch um 18% und den bisherigen Höchststand vom November um 4%. Dabei ist bemerkenswert, daß an der Ausfuhrsteigerung Fertigwaren fast ebenso stark beteiligt waren wie Rohstoffe, eine Bestätigung der Auffassung, daß Österreich gegenwärtig auch Fertigwaren, also im allgemeinen arbeitsintensive und höherwertige Erzeugnisse in größerem Umfange ausführen könnte, wenn die verarbeitenden Industrien ausreichend mit Rohstoffen und Vorprodukten versorgt würden. Gerade diese Voraussetzung aber wird in den letzten Monaten immer weniger erfüllt.

Wohl konnte die *Industrieproduktion* bisher noch einen verhältnismäßig hohen Stand halten. (Der Rückgang um 9,3% im Dezember war saisonbedingt, er erfaßte ungefähr zu gleichen Teilen Produktions-

mittel- und Konsumgüterindustrien.) Eine Reihe nachgelagerter Industrien leiden aber bereits empfindlich unter Rohstoffmangel, nachdem sie ihre Lagervorräte weitgehend aufgezehrt haben. Dabei ergibt sich, daß es fast ebenso schwierig ist, knappe und entsprechend teure Rohstoffe aus dem Auslande nachzuschaffen, wie international begehrte heimische Rohstoffe und Vorprodukte zu erschwinglichen Preisen zu erhalten. Die zum Teil große Differenz zwischen Weltmarkt- und Inlandspreisen bietet, da die Wirtschaftspolitik bisher keinen wirksamen Ausgleich zwischen dem starken Preisgefälle des In- und Auslandes — etwa durch eine befristete Exportabgabe — zu schaffen vermochte, naturgemäß einen starken Anreiz, international knappe Güter wie Holz, Walzwaren, Pappe, Zellulose, Papier, mit hohen Gewinnen zu exportieren, obwohl es gesamtwirtschaftlich nützlicher wäre, einen größeren Teil dieser Produkte im Inlande zu verarbeiten und erst als höherwertige Fertigwaren auszuführen. Eine solche Handelspolitik muß selbstverständlich auch durch entsprechende Handelsverträge ermöglicht und gefördert werden. Die Maschinenindustrie z. B. fände im Auslande ausgezeichnete Absatzmöglichkeiten, kann jedoch ihre Kapazitäten mangels Walzwaren vielfach nicht ausnützen. Die übertriebene Zelluloseausfuhr hat Produktionseinschränkungen in der Zellwolleerzeugung zur Folge und damit eine zusätzliche Beeinträchtigung der heimischen Textilindustrie, die ohnehin unter Mangel an Wolle und Baumwolle leidet. Die starken Schnittholzexporte verknappen das Angebot im Inlande, treiben die inländischen Holzpreise in die Höhe, machen das Bauen teurer und gefährden die Holzverarbeitenden Industrien. In allen Fällen droht Freisetzung von Arbeitskräften, handelt es sich doch bei den verarbeitenden Industrien meist um arbeitsintensive Zweige.

Die sich selbst überlassene Exportkonjunktur hat jedoch noch eine Reihe weiterer ungünstiger Folgen. Am bedenklichsten sind die Rückwirkungen auf die inländischen *Preise* und *Löhne*. Beide zeigen seit Beginn des Koreakonfliktes eine steigende Tendenz, wenn auch die Auftriebskräfte in Österreich bisher weniger stark waren als in vielen anderen Ländern, die unmittelbar von der Rüstungskonjunktur erfaßt wurden. Von Mitte September 1950 (das 4. Preis-Lohn-Abkommen wurde am 26. September geschlossen) bis Mitte Februar 1951 sind die *Lebenshaltungskosten*, berechnet für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien, von 459'8 (März 1938 = 100) auf 522'0, also um 13'5%, und die *Arbeiter-Nettolöhne* von 443'7 (April 1945 = 100) auf 531'0, also um 19'7% gestiegen. Von Mitte Jänner bis Mitte Februar

stieg der Lebenshaltungskostenindex allerdings nur um 0'5%. (Die Preisüberhöhungen bei verschiedenen Gebrauchsgütern wie Textilien, Möbeln, Hausrat, Koks, wurden durch saisonbedingte Preisrückgänge weitgehend kompensiert.)

Die *Großhandelspreise für Industriestoffe* sind von Mitte September 1950 bis Mitte Februar 1951 um 36'6% (von Mitte Jänner bis Mitte Februar um 7'5%) gestiegen. Dank den verhältnismäßig stabilen Großhandelspreisen für Nahrungs- und Genußmittel erhöhte sich der vom Statistischen Zentralamt berechnete *Gesamtindex der Großhandelspreise* in den letzten 5 Monaten nur um 18'5%, im letzten Berichtsmonat um 3'3%.

Wie labil die gegenwärtige Preissituation ist, geht daraus hervor, daß allein schon die Hoffnung auf positive Ergebnisse der bevorstehenden Viermächtekonferenz bei fast allen Welthandelswaren einen leichten Preisrückgang bewirkte. Interessanterweise haben auch die *Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum* für Gold, Silber und Brillanten, die Mitte Februar einen Höhepunkt erreicht hatten, ähnlich reagiert. Vielleicht kann auch die Festigung des *Schillingkurses in Zürich* teilweise mit der Erwartung einer Entspannung der internationalen Lage erklärt werden.

Die Preiserhöhungen im Inlande waren in den vergangenen Monaten — wenn man von den sekundären Auswirkungen des 4. Preis-Lohn-Abkommens absieht — vor allem von den teuren Importrohstoffen verursacht worden. Gegenwärtig dürften die überhöhten Exportpreise einen mindest ebenso starken Auftriebsfaktor bilden. Verschiedene Überlegungen stützen diese Vermutung. Die übermäßige Ausfuhr wichtiger Rohstoffe und Halbfabrikate zwingt die verarbeitenden Industrien, im Inlande entweder annähernd gleich hohe Preise zu bezahlen, wie sie im Export erlöst werden können, oder aber ihre Produktion einzuschränken. Im ersten Falle bewirkt die Exportkonjunktur direkt, im zweiten Falle über eine Verknappung des Warenangebotes Preissteigerungen im Inlande, und zwar vielfach auch bei Gütern, wie z. B. Textilien, die für die Lebenshaltung wichtig sind. Würden die Exporteure ihre Devisenerlöse unverzüglich wieder für den Ankauf von Rohstoffen, Nahrungsmitteln und anderen wichtigen Produktionsgütern zur Verfügung stellen, könnte die Lücke in der Inlandsversorgung laufend wieder geschlossen werden. Praktisch geschieht dies nur teilweise. Viele österreichische Exporteure pflegen heute ihren Abnehmern im Auslande längere Zahlungsfristen einzuräumen als bisher, sei es, daß sie andernfalls ihre Güter nicht exportieren könnten, sei es, weil sie angesichts der

gespannten internationalen Lage an einer raschen Realisierung ihrer Guthaben im Ausland nicht sehr interessiert sind. Der Umfang der Kapitaltransferierungen (vielfach durch Unterfakturierung), kann wohl nicht ganz genau festgestellt werden, dürfte jedoch angesichts der bedeutenden Differenz zwischen Devisen- und Handelsbilanz und auf Grund der Nachrichten über Neugründungen und Beteiligungen im Auslande, nicht unerheblich sein. Außerdem erleichtern die hohen Exportgewinne die Kapitalausfuhr. Auf der anderen Seite wird versichert, daß die österreichischen Importeure knappe Auslandwaren nur gegen Vorauszahlung erhalten können.

Eine Rolle dürfte auch spielen, daß heute Devisen an Importeure zugewiesen werden, die sich diese früher durch Kompensationsgeschäfte selbst verschaffen mußten. (Dadurch sind oftmals minder wichtige Importe gar nicht zustande gekommen, die heute durchgeführt werden können.) Außerdem hat die internationale Rohstoffverknappung dazu geführt, daß in Erwartung von Kürzungen vielfach Devisen über den wirklichen Bedarf hinaus angefordert werden.

Die Vorauszahlungen bei Importen und die langen Lieferfristen bei Exporten, die Unterbindung von Kompensationsgeschäften und die mit der Bewirtschaftung fast unvermeidlich verbundene unechte Nachfrage nach Devisen, sind, neben der Verschlechterung der Austauschrelationen im Außenhandel (barter terms) — Österreich muß gegenwärtig für die gleiche Menge von Importgütern durchschnittlich mehr Waren ausführen als vor der Rüstungskonjunktur —, die Hauptursachen für die *prekäre Devisenlage*, in der sich Österreich gegenwärtig trotz relativ günstiger Handelsbilanz und beachtlichen Devisenerlösen aus dem Ausländerfremdenverkehr, und trotz direkter und indirekter Auslandshilfe befindet. Da Österreich seine im Rahmen der Europäischen Zahlungsunion gewährte „Initial position“ bis auf einen kleinen Rest bereits aufgebraucht hat, wird es, selbst wenn die direkte und indirekte ERP-Hilfe etwas erhöht werden sollte, größter eigener Anstrengungen bedürfen, die zur Durchführung des Jahresprogrammes 1950/51 unbedingt notwendigen Rohstoff- und Kohlenbezüge aus dem Auslande zu finanzieren.

Berücksichtigt man, daß gegenwärtig große Warenmengen exportiert, aus verschiedenen Gründen aber nicht genügend Waren importiert werden, weiters, in den verarbeitenden Industrien aus Rohstoffmangel die Produktion teilweise eingeschränkt werden muß, und stellt man schließlich die Ab-

nahme der Auslandshilfe in Rechnung (im laufenden ERP-Jahre 100 Mill. \$), so ergibt sich, daß das gegenwärtig für Investitionen und Konsum *verfügbare Sozialprodukt* vermutlich kleiner, sicher aber nicht größer ist als in den vergangenen Monaten. Angesichts dieser Sachlage würden leistungsmäßig nicht begründete Lohn- und Gehaltserhöhungen inflatorisch wirken und daher gesamtwirtschaftlich ebenso bedenklich sein wie die Vergeudung der Konjunkturgewinne in übermäßigen Spesen (wozu unsere Steuerpolitik einlädt) und die Fehlleitung von Kapital (wozu die hohen Exportgewinne und unser Investitionsbegünstigungsgesetz verlocken).

Unter diesen Gesichtspunkten müssen die gegenwärtigen *Lohn- und Gehaltserhöhungen* betrachtet werden, die zunächst — ähnlich wie die Preissteigerungen — von den durch die Rüstungskonjunktur besonders begünstigten Exportindustrien ausgingen. In den vergangenen Wochen sind aber immer häufiger auch die Löhne und Gehälter anderer Industrie- und Gewerbebezüge, zuletzt auch die Bezüge der Beamten und Pensionisten „nachgezogen“ worden. Da diesen Lohn- und Gehaltsregulierungen keine entsprechende Vermehrung des für den Konsum verfügbaren Sozialproduktes gegenübersteht — eine Einschränkung der Investitionen ist nicht beabsichtigt — taucht, wenn auf diesem Wege weiter geschritten wird, unvermeidlich die Gefahr einer neuen Preis-Lohn-Dynamik auf. Da die erwähnten Lohn- und Gehaltserhöhungen meist nicht offiziell, sondern unter verschiedenen unverfänglichen Titeln (Zulagenerhöhung, Prämien usw.) gewährt wurden, ist der *Index der Tariflöhne*, der nur offizielle Lohnerhöhungen berücksichtigt, in den letzten Monaten nur um wenige Punkte gestiegen (von Oktober 1950 bis Februar 1951 um 1,6%, von Mitte Jänner bis Mitte Februar um 0,9%).

Eine neue Preis-Lohn-Dynamik wäre um so leichter möglich, als infolge der steigenden Weltmarktpreise und erhöhten Außenhandelsumsätze auch die *Geld- und Kreditpolitik* elastischer disponiert. Die stark erhöhten Preise für Importrohstoffe und die Vorauszahlungen für Rohstoffbezüge sowie Vorratskäufe im Inlande haben den Kreditbedarf erhöht und zu einer Ausweitung der Bankkredite geführt. Im IV. Quartal 1950 wurden rund 1 Mrd. S Kredite gewährt, gegen 0,9 Mrd. S im Durchschnitt der drei ersten Quartale. Im laufenden Jahre wurde die Kreditexpansion verstärkt fortgesetzt. Der *Geldumlauf* der Notenbank (Banknoten plus freie Giroverbindlichkeiten) ist im Dezember 1950 mehr als saisonbedingt um 245 Mill. S gestiegen und war Ende 1950 um 667 Mill. S höher als Ende 1949 (bei einer Gesamt-

summe von 7.765 Mill. S bzw. 7.098 Mill. S). Im Jänner 1951 ist der Geldumlauf, den Saisonserwartungen entsprechend, um 502 Mill. S zurückgegangen.

Die weitere Entwicklung von Preisen und Löhnen, und damit die möglichst störungsfreie Entfaltung unserer Wirtschaft hängen auch davon ab, daß rechtzeitig eine konstruktive Lösung der leidigen, seit Jahr und Tag unerledigten Agrarpreisfrage gefunden und das Budget weiter ausgeglichen bleibt.

In der *Agrarpreisfrage* kommt es augenblicklich nicht so sehr darauf an, ob das Gesamteinkommen der Landwirtschaft geschmälert oder erhöht wird. Vielmehr gilt es, die ökonomisch widersinnigen Agrarpreisrelationen so zurecht zu rücken, daß die landwirtschaftliche Produktion von selbst wieder in gesamtwirtschaftlich wünschenswerte Bahnen gelenkt wird. Solange jedoch Brotgetreide wenig mehr als halb so viel kostet wie Futtergetreide (Weizen S 1'35, Roggen S 1'10, Mais und Hafer aber S 2'— und darüber) und solange der Preisindex für Weizen und Roggen auf 376 und 423 (1937 = 100), für Fleischschweine aber auf 700 steht, ist es praktisch nicht zu verhindern, daß die Bauern Brotgetreide verfüttern. Man darf sich daher auch nicht wundern, daß statt (vorsichtig berechnet) 350.000 t kaum mehr als 200.000 t auf den Markt kommen dürften. Aber selbst diese Menge wird nur deshalb abgeliefert, weil die Landwirtschaft, gleichsam als Kompensation, importierte Futtermittel entsprechend verbilligt erhält. Das Problem besteht darin, daß die Preise für Brotgetreide — im Interesse eines möglichst niedrigen Brotpreises — bedeutend unter den Weltmarktpreisen fixiert geblieben sind (der Inlandspreis für Weizen ist um 45%, für Roggen um 55% niedriger), die Preise für Fleisch und Futtermittel aber der freien Preisbildung überlassen wurden und ungefähr auf der Höhe der Weltmarktpreise liegen. Diese Preispolitik mußte unvermeidlich zu Schwierigkeiten führen, einerseits, weil sowohl Brot- als auch Futtergetreide knapp sind und in größeren Mengen eingeführt werden müssen, und andererseits, weil es für die Bauern vorteilhafter ist, ihr Brotgetreide zu verfüttern, als es zu künstlich tief gehaltenen Preisen abzuliefern. Bis zu einem gewissen Grade ähnlich, wenn auch weniger kompliziert (weil es sich um ein typisches Inlandprodukt handelt) liegen die Verhältnisse beim *Milchpreis*, der seit 1948 unverändert geblieben ist und gegenwärtig sowohl

von den Produzenten als auch von den Molkereien nicht mehr als kostendeckend betrachtet wird.

Eine im Voranschlag des Budgets nicht berücksichtigte *Belastung des Staatshaushaltes* verursacht das Nachziehen der Beamtengehälter und die Aufbesserung der Pensionen. Es dürfte sich hier um einen Betrag von etwa 400 Mill. S handeln. Weiters ergibt sich für die Zahlung der laufenden und für die Leistung der rückständigen Besatzungskosten in Höhe von etwa 550 Mill. S ein ungedeckter Betrag von ungefähr 200 Mill. S, da für diesen Zweck im Budget nur 350 Mill. S vorgesehen sind<sup>1)</sup>. Auch aus der Fortführung der Agrarpreissubventionen nach dem 30. Juni könnten nicht vorgesehene Belastungen erwachsen, wenn es nicht gelingt, die gegenwärtigen Agrarpreisrelationen zu rektifizieren (und dadurch die Inlandsaufbringung von Brotgetreide anzuregen) und die Subventionen zu überwälzen.

Daß im Sommer vorigen Jahres zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und Sicherung der Vollbeschäftigung eingesetzte Ministerkomitee hat — wenn auch durch die Milde des Winters und die Exportkonjunktur begünstigt — viel dazu beigetragen, die diesjährige *Winterarbeitslosigkeit* in erträglichen Grenzen zu halten. Dank verschiedener Maßnahmen wurde der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit (219.373 verfügbare Arbeitslose) bereits Mitte Jänner überschritten. Während im Vorjahre die Arbeitslosigkeit im Februar noch um 6.648 Personen gestiegen war, ist in diesem Jahre die Zahl der verfügbaren Arbeitslosen im Februar bereits um 20.178 Personen gesunken. Dieses Ergebnis ist um so höher einzuschätzen, als dem Ministerkomitee und seinen Fachreferenten nur eine verhältnismäßig kurze Zeit für die Vorbereitung und Durchführung der erforderlichen Maßnahmen zur Verfügung stand. Andererseits darf die Tragweite des Erfolges nicht überschätzt werden. Die mehr oder minder improvisierten Maßnahmen haben zwar geholfen, eine übermäßige Arbeitslosigkeit während der Wintermonate zu vermeiden, bieten aber noch keine Gewähr für eine dauernd hohe Beschäftigung. Die eigentliche Aufgabe muß also erst geleistet werden, wobei es darauf ankommt, nicht nur eine möglichst hohe Beschäftigung zu erhalten, sondern gleichzeitig auch die Produktivität zu steigern.

<sup>1)</sup> Da über das Nachzahlungserfordernis für das Jahr 1950 noch verhandelt wird, stellen die oben genannten Zahlen nur ganz rohe Schätzungen dar.

## Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten S. 86-87

Das *Geldvolumen*<sup>1)</sup> ist im Dezember um 321 Mill. S (Noten + 175, Scheckkonten + 206, freie Nichtbankguthaben bei der Nationalbank - 60) gestiegen und erreichte damit Ende 1950 den hohen Stand von 14.607,6 Mill. S, d. s. um 1.677,5 Mill. S oder 13% mehr als Ende 1949.

Der über das saisonbestimmte Ausmaß hinausgehenden Umlaufausweitung im Dezember folgte im Jänner ein stärkerer Rückgang. Der Nationalbankumlauf (Notenumlauf + freie Giroguthaben der Nationalbank) hat sich im Jänner infolge von Devisenabgaben der Nationalbank und wegen saisonmaiger Einflüsse um 502 Mill. S vermindert. Der Rückgang des gesamten Geldvolumens dürfte allerdings geringer gewesen sein, da die Tendenz steigen- der Scheckeinlagen anhält.

Der *Banknotenumlauf* hat im Jänner um 252 Mill. S (von 6.349 Mill. S auf 6.097 Mill. S) abgenommen. Der Rückgang ist vorwiegend auf eine Verminderung des Devisenbestandes<sup>2)</sup> der Notenbank zurückzuführen. Die übrigen Veränderungen im Notenbankausweis hielten einander die Waage. Expansiv wirkte die Abnahme der freien Nationalbankguthaben um 250 Mill. S (davon 205 Mill. S von öffentlichen Konten und 45 Mill. S von Konten der Kreditinstitute) sowie die Refinanzierung von 95 Mill. S Aufbauwechselln. Dem standen als restriktive Faktoren der Rückgang im Handelswechsel-Portefeuille um 220 Mill. S und an Besatzungskostenschatzscheinen um 110 Mill. S sowie der Saldo von 18 Mill. S aus der Bewegung auf den Konten für Counterparts und Bundesnotenschuld gegenüber.

Vom ERP-Counterpartkonto wurden im Jänner 617 Mill. S abgebucht<sup>3)</sup>. Davon dienten 445 Mill. S für Industrieinvestitionen (Abbuchung von der Bundesschuld mit der Auflage, in gleicher Höhe Aufbaukredite zu finanzieren), 172 Mill. S wurden für sonstige (nichtindustrielle) Investitionen freigegeben. Da gleichzeitig neue Erlöse auf dem Konto einliefen, hat sich per Saldo die Post „zeitlich gesperrte Verbindlichkeiten aus Guthaben öffentlicher Stellen“ im Jänner nur um 427 Mill. S vermindert.

<sup>1)</sup> Banknotenumlauf + freie Girokonten bei der Nationalbank + Scheckeinlagen bei den Kreditinstituten - Zwischenbankeinlagen.

<sup>2)</sup> In der Woche vom 15. bis 23. Jänner ist der Devisenbestand der Notenbank um 118,8 Mill. S zurückgegangen, in der Woche vom 7. bis 15. Februar dagegen wieder um 216,3 Mill. S gestiegen. Die Schwankungen erklären sich aus dem Verrechnungsverkehr mit der Europäischen Zahlungsunion.

<sup>3)</sup> Größtenteils aus der Dezemberfreigabe, teilweise aber auch noch aus der Freigabe im September.

Die Nationalbank weist neuerdings die Gebarung mit *Aufbaukrediten* aus. Bis Ende Jänner 1951 wurden der Nationalbank aus Counterpartkonten 2.812 Mill. S (davon 600 Mill. S aus Non-ECA-Konten) für die Refinanzierung von Aufbaukrediten zur Verfügung gestellt. Auf Grund dieser Freigaben, die zunächst zur Verminderung der Forderung an den Bundesschatz verwendet wurden, hat die Notenbank bis Ende Jänner 1951 Aufbauwechsel im Betrage von 2.322 Mill. S finanziert. 490 Mill. S Aufbauwechsel stehen demnach auf Grund der bisherigen Bundesschuldabbuchungen noch aus. Davon liegt ein Teil bereits bei den Kreditinstituten. Für 27 Mill. S war bis Ende Jänner noch keine Refinanzierungszusage erteilt. Bisher wurden 22 Mill. S Aufbaukredite zurückgezahlt. Mit dem stärkeren Rückfluß von Krediten wird die Frage immer aktueller, was mit den ruckgezahlten Beträgen zu geschehen hat und wer darüber verfügen soll.

Im Februar 1951 wurde aus dem ERP-Counterpartkonto ein weiterer Betrag von 100 Mill. S für die Durchführung des *Winternotstandsprogrammes* der Bundesregierung freigegeben. Bereits im Dezember waren 58 Mill. S für diesen Zweck freigegeben worden, so daß nunmehr der ECA-Beitrag zu dem Programm voll geleistet ist. Die neue Freigabe gliedert sich allerdings zum Teil in den ohnehin für die Durchführung des Investitionsprogrammes vorgesehenen Freigabeplan ein und stellt nur teilweise eine zusätzliche Finanzierung dar. Die neue Freigabe wurde folgendermaßen verwendet:

25'000	Mill. S	Wohnungswiederaufbau
20'000	„	„ Arbeiterwohnhausbau
21'384	„	„ Industrieinvestitionen
8'279	„	„ Bundesbahnen
4'175	„	„ Post
7'259	„	„ Investitions- und Notstandsarbeiten in der Land- und Forstwirtschaft
13'403	„	„ Notstandsarbeiten im Bereich des Handelsministeriums

100'000 Mill. S

Ebenfalls seit Jahresbeginn 1950 weist die Nationalbank monatliche Ziffern über den Stand des *Kreditvolumens* aus. Die Zahlen sind vorläufige und werden später quartalsweise in endgültiger Form veröffentlicht. Nach den vorläufigen Angaben hat sich das Kreditvolumen im IV. Quartal 1950 um über eine Milliarde S (um 1.008,8 Mill. S auf 10.699 Mill. S) ausgeweitet. Damit betrug die Kreditexpansion allein im Jahre 1950 3.688 Mill. S, gegenüber 2.805 Mill. S i. J. 1949 und 2.060 Mill. S i. J. 1948.

Die Einlagen bei den Kreditinstituten haben sich im Dezember um 154 Mill. S (auf 9.469 Mill. S) erhöht. Die Scheckkonten nahmen wohl hauptsächlich infolge Verschiebung von Konsumentengeld in die Produzenten- und Händlersphäre (Weihnachts- und Angstkäufe) um 206 Mill. S zu, während die Spareinlagen einen Abhebungssaldo von 52 Mill. S aufwiesen. Der Spareinlagenrückgang war überwiegend saisonmäßig (Abhebungen von zweckgesparten Beträgen, Sparvereine usw.). Außerdem dürften die Tendenz steigender Preise sowie Ankündigungen behördlicher Lenkungsmaßnahmen die Spartätigkeit nachteilig beeinflusst haben.

Die Kursbesserungstendenz, die bereits im Jänner auf dem Aktienmarkt einsetzte, hielt bis Mitte Februar weiter – und verstärkt – an. Der Kursindex von 36 Industrieaktien stieg um 9,8% (von 245,1 auf 269,0; März 1938 = 100). Die Aktienkurse nicht verstaatlichter Gesellschaften verbesserten sich weniger (um 8,9%) als die Kurse der Aktien (oder besser Anrechtsscheine auf Entschädigung) verstaatlichter Betriebe (um 16,2%). Insbesondere die Aktien von Gesellschaften der Metallindustrie, Papierindustrie und Textilindustrie notierten Mitte Februar höher als Mitte Jänner. Wegen der Enge des Marktes ist es schwierig, auf die Ursachen dieser Kursbewegungen zu schließen. Ein Teil der Kurserhöhungen dürfte rein spekulativer Natur sein, ein Teil auf die günstige Ertragslage von Exportindustrien zurückzuführen sein. Auf dem Markt der Anlagepapiere notierte Aufbauanleihe unverändert mit 87 per 100 S Nominale, während der Kurs der Bundesschuldverschreibungen 1947 von 43 S auf 40 S per 100 S Nominale zurückging, weil die von Abgabepflichtigen der Vermögens- und Vermögenszuwachsabgabe in Zusammenhang mit dem Fälligkeitstermin im Jänner ausgeübte Mehrnachfrage aufgehört hat. Die Kurse der im Kursindex festverzinslicher Werte enthaltenen Papiere stiegen durchschnittlich um weitere 1,8% (auf 90,4; 28. März 1945 = 100).

#### Die Counterpartmittel und ihre Verwendung

In den Monatsberichten ist bereits eine ausführliche Darstellung<sup>1)</sup> über die Freigaben von Counterpartmitteln (einschließlich der Freigaben im ersten Halbjahr 1950) erschienen. Nachstehend findet sich die Fortsetzung bis Jahresende 1950 sowie einige Ergänzungen.

Im zweiten Halbjahr 1950 wurden Freigaben aus dem ERP-Counterpartkonto im Gesamtbetrag von 1.925 Mill. S bekanntgegeben, und zwar:

im Juli	25	Mill. S für die Exportfondsgesellschaft
im September	1.200	„ „ für Investitionen
davon	227	„ „ für das Bundesinvestitionsprogramm (a. o. Budget)
	689	„ „ für Industrieinvestitionen
	281	„ „ für Sonderwiederaufbauprogramme
	3	„ „ für Sonstiges (in diesem Falle für das Österreichische Produktivitäts-Zentrum)
im Dezember	700	„ „ für Investitionen und Arbeitsbeschaffung
davon	30	„ „ für das Bundesinvestitionsprogramm (a. o. Budget)
	421	„ „ für Industrieinvestitionen
	124	„ „ für Sonderwiederaufbauprogramme
	59	„ „ für Sonstiges (davon 58 Mill. S für das Winternotstandsprogramm)
	66	„ „ waren noch nicht näher spezifiziert.

Außer diesen publizierten Freigaben wurden im zweiten Halbjahr 1950 aus dem ERP-Counterpartkonto noch 5 Mill. S für Liebesgabentransportspesen freigestellt. Insgesamt ergibt sich (einschließlich der im zitierten Monatsbericht bereits dargestellten Freigaben des ersten Halbjahres) für das Jahr 1950 folgendes Bild der Freigaben aus dem ERP-Counterpartkonto:

#### I. Nach Quartalen

(In Mill. S)

I. Quartal 1950	keine
II. „ 1950	951,5
III. „ 1950	1.230,0
IV. „ 1950	700,0

Insgesamt ... 2.881,5

#### II. Nach Verwendungszwecken

(In Mill. S)

Bundesinvestitionsprogramm (a. o. Budget)	377,0
Industrieinvestitionen	1.681,0
Sonderwiederaufbauprogramme	660,0
Sonstiges <sup>1)</sup>	97,5
Noch nicht näher spezifiziert	66,0

Insgesamt ... 2.881,5

<sup>1)</sup> Technical Assistance, Liebesgabenspesen, Exportförderung (Messe Chicago), Exportfondsgesellschaft, Österreichisches Produktivitäts-Zentrum, Sägeschule Kuchl, Winternotprogramm.

Von den Freigaben sind – neuerdings – die tatsächlichen Ausgänge aus dem ERP-Counterpartkonto scharf zu unterscheiden. Während früher die tatsächliche Abbuchung aus dem Konto kurz auf die Publizierung einer Freigabe folgte, ist dies in letzter Zeit nicht mehr der Fall; die Abbuchung und damit die tatsächliche Auszahlung der Beträge erfolgt – wohl vorwiegend wegen administrativer Hemmnisse, weniger aus währungspolitischen Gründen (etwa um ungünstige Kaufkraftstöße zu vermeiden) – nach und nach. So waren z. B. mit Ende des ersten Halbjahres 100 Mill. S für den allgemeinen Wohnbau

<sup>1)</sup> Siehe Nr. 8 der Monatsberichte, Jg. 1950, S. 366 ff.

Übersicht I

Freigaben aus den Counterpartkonten im Jahre 1950<sup>1)</sup>  
(Tatsächlich abgezogene Beträge in 1.000 S)

II. Bundesinvestitionsprogramm (a. o. Budget) .....	365.000
Eisenbahn .....	210.000
Post .....	60.000
Straßen und Brücken .....	60.000
Öffentliche Bauten .....	17.000
Bundestheater .....	18.000
III. Industrieinvestitionen .....	1.231.048
Elektroenergie .....	443.000
Kohlenbergbau .....	50.000
Sonstiger Bergbau .....	2.000
Eisen- und Stahlerzeugung .....	264.700
Metallindustrie .....	40.000
Elektroindustrie .....	13.000
Chemische Industrie .....	50.000
Eisen- und metallverarbeitende Industrie ..	65.023
Glasindustrie .....	14.120
Textilindustrie .....	90.200
Holzverarbeitende Industrie .....	33.030
Papierindustrie .....	149.990
Nahrungsmittelindustrie .....	250
Bauindustrie .....	435
Industrie der Steine und Erden .....	4.200
Leder- und Schuhindustrie .....	4.600
Verschiedene Industrien .....	1.500
Gewerbe .....	5.000
IV. Sonderwiederaufbauprogramme (Fonds) .....	524.300
Landwirtschaft .....	225.000
Forstwirtschaft .....	56.000
Fremdenverkehr .....	109.300
Arbeiterwohnhausbauten .....	34.000
Allgemeiner Wohnbau .....	100.000
V. Sonstiges .....	40.750
Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität (OPZ) .....	6.000
Exportförderung (Messe Cbikago) .....	1.250
Exportfondsgesellschaft .....	25.000
Technical Assistance .....	1.500
Sägeschule Kuchl .....	2.000
Liebesgabenspesen .....	5.000

Insgesamt... 2.161.098

davon  
2.143'098 Mill. S aus dem ERP-Counterpartkonto  
18'000 Mill. S (für Bundestheater) aus  
Non-ECA-Konten

<sup>1)</sup> Diese Tabelle kann zur Ergänzung der in den Monatsberichten Nr. 8/1950 auf S. 368 gegebenen Tabelle dienen (Ersetzung der Spalte „I. Halbjahr 1950“). Daraus ergeben sich selbstverständlich entsprechende Änderungen der Spalte „Insgesamt“.

In Abänderung der damals vorgenommenen Aufteilung der freigegebenen Beträge nach Kontenarten (ERP, sonstige ECA, Non-ECA) hat die in der zitierten Tabelle unten für das Jahr 1948 gegebene Aufstellung zu lauten:

Insgesamt .....	2.088'0
davon	
aus ERP-Konto .....	125'0
aus sonstigen ECA-Konten .....	1.063'0
aus Non-ECA-Konten .....	900'0

Auch daraus ergeben sich in der senkrechten Spalte „Insgesamt“ entsprechende Änderungen.

freigegeben; die tatsächliche Auszahlung erfolgte teilweise im III. Quartal (75 Mill. S), teilweise sogar erst im IV. Quartal (25 Mill. S). Von der zu Beginn des September 1950 publizierten 1'2 Mrd. S-Freigabe waren bis Ende des III. Quartals erst 888 Mill. S abgebucht, und auch bis Jahresende waren noch nicht alle mit dem September-Freigabebescheid deblockierten Beträge aus dem Konto ausgegangen. Die Dezemberfreigabe von 700 Mill. S, die kurz vor Weihnachten bekanntgegeben wurde, befand sich zu Jahresende noch ganz auf dem Konto. Die publizierten Freigaben sind also nur als *Rahmenfreigaben* anzusehen, während zur tatsächlichen Ausnützung der Beträge erst spezielle *Release Letters* berechtigen.

Aus Non-ECA-Konten wurden im Jahre 1950 18 Mill. S abgezogen, die für Investitionen im Rahmen des a. o. Budgets verwendet wurden.

Die Gebarung mit den Gegenwerten der ERP-Hilfslieferungen (ERP-Counterpartkonto) wies im Jahre 1950 Eingänge von 3.728'5 Mill. S und Ausgänge von 2.329'5 Mill. S aus. Der Nettozuwachs auf dem Konto betrug 1.399'0 Mill. S (davon 554 Mill. S tatsächliche Erlöse<sup>2)</sup>).

Übersicht II

Bilanz des ERP-Counterpartkontos im Jahre 1950

(In Mill. S)

Kontostand am 31. Dez. 1949 .....	1.893'2	Freigegebene und ab- gebuchte Beträge ...	2.143'1
davon		US-5% Anteil .....	186'4
tatsächl. Erlöse	707'5	Kontostand am	
Regierungserläge	1.185'7	31. Dez. 1950 .....	3.292'2
Eingänge im Laufe des		davon	
Jahres 1950 .....	3.728'5	tatsächl. Erlöse	1.261'5
davon		Regierungserläge	2.030'7
tatsächl. Erlöse	2.883'5		
Regierungserläge	845'0		
	<u>5.621'7</u>		<u>5.621'7</u>

In dieser Bilanz sind – wie ersichtlich – auch die Regierungserläge für Verbilligung (*Price Gap*) und schwebende Abrechnungsbeträge (*Time Lag*) enthalten. Gemäß dem zwischen der Bundesregierung und der Regierung der USA am 2. Juli 1948 abgeschlossenen bilateralen Abkommen (Economic Cooperation Agreement) muß Österreich den vollen Schillinggegenwert der Hilfslieferungen, berechnet zu den geltenden offiziellen Wechselkursen, auf das ERP-

<sup>2)</sup> Im Freigabeprogramm 1950 war ein Einzahlungsüberschuß von rund 800 Mill. S (effektive Erlöse) vorgesehen, um bezüglich der Geldvolumenentwicklung kompensierend auf andere expansive Faktoren zu wirken. Tatsächlich waren die Eingänge niedriger als geplant, da der Subventionsabbau nicht rechtzeitig und im vorgesehenen Ausmaß durchgeführt werden konnte.

Counterpartkonto erlegen. Dieser Erlag wird für die Bundesregierung von der Nationalbank durchgeführt, und die Nationalbank erhält dann die von der Regierung auf einem Sonderkonto gesammelten effektiven Erlöse zurück. Da aber ein Teil der gelieferten Güter nicht zum Inlandspreis, der dem Weltmarktpreis zum geltenden Kurs entsprechen würde, sondern verbilligt abgegeben wird, läuft weniger Geld auf das Erlöskonto ein, als zur Abdeckung der entstandenen Bundesschuld an die Nationalbank erforderlich wäre. Außerdem gehen die Erlöse, da die Einfuhr und der Verkauf der Hilfslieferungen Zeit erfordern, immer erst nach einer gewissen Zeit ein (Time Lag), so daß auch dadurch der eingezahlte Erlösbetrag jeweils niedriger ist als der Gegenwert. Die Differenz zwischen ursprünglichen Regierungserlägen und Erlösen ist daher teilweise Subvention (Price Gap oder ERP-Subvention genannt), teilweise ist sie ein Vorschuß (Time Lag-Erläge) auf später einlaufende Erlöse. (In der Übersicht II ist die Differenz einfach mit „Regierungserläge“ bezeichnet.) Während aber die Vorschüsse laufend abgedeckt und einige Zeit nach Ende des ERP voll eingezahlt sein werden, ist dies bei den Price-Gap-Beträgen nicht der Fall. Sie stellen durch die Nationalbank kreditierte (d. h. durch Bundesschuld gedeckte) Regierungssubventionen dar; die Nationalbankfinanzierung kann deshalb keine inflatorische Wirkung haben, weil die Beträge auf dem Counterpartkonto stillgelegt, d. h. bei der Bestimmung des Freigabenniveaus nicht mitberücksichtigt werden. Sie werden daher auch nicht freigegeben und strömen nicht in den wirksamen Umlauf ein. Bis Ende des ERP muß allerdings bestimmt werden, was mit diesen auf dem Konto bestehenden Regierungserlägen zu geschehen hat. Praktisch kann nur ihre Rückgabe an die Nationalbank (und damit Vernichtung) in Frage kommen.

Es ist gegenwärtig technisch nicht möglich, festzustellen, welcher Teil der auf dem Konto stehenden Regierungserläge auf Price Gap und welcher auf Time Lag entfällt. Der weitaus größere Teil ist jedenfalls Verbilligung. Bei den auf das Jahr 1950 entfallenden Regierungserlägen von 850 Mill. S liegt die gleiche Problematik vor, allerdings mit dem Unterschied, daß man hier noch eindeutiger als beim bisherigen Gesamtbetrag sagen kann, daß der überwiegende Teil der Erläge Subvention gewesen sein muß, da ja auch schon Ende 1949 der Time Lag bestanden hat. Es erscheint daher außerordentlich wichtig, sich klar zu machen, daß der Großteil dieses Betrages bis Ende des ERP in den Staatshaushalt (als Ausgaben, die durch

laufende Einnahmen bedeckt werden müssen) übernommen werden muß, wenn die Subventionierung der dann auf kommerziellem Wege erfolgenden Einfuhren fortgesetzt werden soll. Steigende Weltmarktpreise werden dieses Erfordernis nur noch vergrößern.

Die Nationalbank hat in ihren Mitteilungen eine ziffernmäßige Darstellung der „Entwicklung der Sonderkonten für den Gegenwert der ERP-Hilfslieferungen bis 31. Dezember 1950“ gegeben. Diese Zahlen weichen insofern von den oben (Übersicht II) angegebenen ab, als die Nationalbankzahlen die gesamten Marshall-Hilfskonten (Public-Law 84, 389, 470 und 472) umfassen, während hier nur das ERP-Counterpartkonto (Public Law 389) dargestellt ist. Auf den gesamten ECA-Konten liefen bis Ende 1950 8.055'9 Mill. S ein, davon 2.030'8 Mill. S Regierungserläge für Price Gap und Time Lag. Daraus geht hervor, daß solche Regierungserläge — soweit sie Price Gap-Erläge sind — nur für die ERP-Hilfe (PL 389) in Frage kommen. Sicherlich hat es bei den anderen Konten Time Lag-Erläge gegeben, doch dürften diese infolge der Beendigung der betreffenden Hilfsaktionen (Interimshilfe usw.) durch Erlöseingänge restlos ersetzt sein. Gegenwärtig — und auch bereits im Jahre 1950 — spielt nur noch die ERP-Hilfe eine Rolle.

Auch die von der Nationalbank veröffentlichten Freigabebeträge weichen von den vom Institut mitgeteilten ab. Dies rührt daher, daß die Nationalbank freigegebene Beträge im Freigabemonat (anlässlich der Rahmenfreigabe) und nicht erst im Monat der Durchführung (tatsächliche Abbuchung) ausweist, während die Darstellung des Institutes die tatsächlichen Ausgänge aus den Konten erfaßt.

### Preise, Löhne, Lebenshaltungskosten

*Dazu statistische Übersichten S. 88—90*

Die Preise und Löhne sind weiter gestiegen. Die Preise erhöhten sich vor allem infolge der anhaltenden Hausse auf den Weltmärkten, der Kostenerhöhungen durch das vierte Preis-Lohn-Abkommen und infolge spekulativer Käufe. Die Nachfrage stieg besonders nach Bekanntwerden der Entwürfe neuer Bewirtschaftungsgesetze; nach der Erschöpfung der Barmittel scheint sie aber wieder stark abzufallen.

Die in letzter Zeit verstärkt auftretenden Verteuerungen eines Teils der *Lebenshaltungskosten* wurden teilweise durch starke saisonmäßige Preisenkungen kompensiert, so daß das Niveau stabil blieb. So stieg der Lebenshaltungskostenindex (für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien, nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema) von Mitte Jän-



ner bis Mitte Februar nur um 0,5% (von 519,4 auf 522,0; März 1938 = 100).

Besonders stark war der Preisrückgang bei Eiern (um 36%); auch die Preise von Kartoffeln, Schweinefleisch, Erbsen und Extrawurst gingen leicht zurück. Dagegen erhöhten sich die Preise von Käse, Bier, Reis, Äpfeln, Marmelade, Rind- und Kalbfleisch, Unterbekleidung, Emailgeschirr, Möbeln, Glühbirnen, Steingutwaren und Seife.

Die *Großhandelspreise* sind nach dem Index des Statistischen Zentralamtes um weitere 3,3% (von 633 auf 654; März 1938 = 100) gestiegen. Die Nahrungs- und Genußmittelpreise blieben fast unverändert<sup>1)</sup>, während die Industriestoffe beträchtlich (um 7,5%) teurer wurden. Hauptsächlich unter dem Einfluß der Weltmarktpreise wurden Wolle, Flachs, Hanf, Kautschuk, Koks, Blei, Zink, Zinn, Aluminium, Bau- und Schnittholz teurer. Unter den nicht im Index erfaßten Preisen stiegen die für Schrott, verzinktes Blech, verschiedené Chemikalien und Drogen. Die Preise der Gießereiprodukte wurden um 14% erhöht. Auch für inländische (und im Inland montierte) Autos und Motorräder wurden die Preise erhöht.

Die Preise der Wertaufbewahrungsmittel haben neuerlich stark angezogen. Der Index des freien Goldpreises lag Mitte Februar mit 8,6 (1938 = 1) um 7,5% über dem des Vormonats und überschritt den Junistand 1950 um 41%. Der Silberpreis stieg gegenüber Jänner noch etwas stärker (um 8,8%) und lag Mitte Februar um 50% über dem von Mitte Juni 1950. Auch der Preis für Diamanten zog um 12,8% an. Da andererseits Pelze (saisonabhängig) und Briefmarken billiger wurden, änderte sich der Index der *Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum* gegenüber dem Vormonat nicht. Die „schwarzen“ Devisenkurse sind von Ende Dezember bis Ende Jänner geringfügig (um 2%) gesunken.

In der Berichtsperiode wurden auch wieder die Löhne einzelner Arbeitergruppen erhöht und in verschiedenen Industrie- und Gewerbezweigen, aber auch im Handel und im öffentlichen Haushalt weitere Lohnforderungen mit Hinweis auf die erhöhten Lebenshaltungskosten oder auf ein Zurückbleiben hinter anderen Löhnen gestellt. Insbesondere in Zweigen mit ausgesprochener Exportkonjunktur hat sich der Widerstand gegen Lohnerhöhungen verringert. In der übrigen Wirtschaft wurde auch von

<sup>1)</sup> Erhöhungen der Preise für Hafer und Mais wurden durch einen Rückgang der Kartoffelpreise fast kompensiert.

den Arbeitnehmerorganisationen unter Hinweis auf die Gefahr der Arbeitslosigkeit Mäßigung empfohlen.

Im Februar wurden die Löhne in folgenden Branchen erhöht:

Ledererzeugende Industrie und ledererzeugendes Gewerbe (Tariflohn) . . . . .	10%
Teigwaren- und Nahrungsmittelgewerbe (Wien und Niederösterreich) . . . . .	10—12%
Fleischhauer- und Fleischselchergewerbe (Steiermark) . . . . .	8,5%
Essig-, Essenzen- und Likörgewerbe (Wien, Niederösterreich und Burgenland) . . . . .	5—10%
Kleidermachergewerbe . . . . .	2—9%
Banken (Angestellte) . . . . .	5%.

Besonders in den vom Exportboom begünstigten Industrien wurden betriebsweise vielfach unsichtbare Lohnerhöhungen (in Form von neuen, mehr oder weniger generellen Zulagen unter irgendeinem Titel, Zulagenerweiterung, -erhöhung, Prämien usw.) gewährt.

Die Verhandlungen über das Nachziehverfahren für die öffentlichen Angestellten wurden abgeschlossen. Neuerdings werden Lohnverhandlungen im Handel (Angestellte) und in der Metallindustrie (Arbeiter) geführt. Der für *Wien* berechnete *Arbeiternettotariflohnindex* stieg jedoch gegenüber Jänner erst um 0,9%.

### Ernährung

*Dazu statistische Übersichten S. 91*

Um die Versorgung mit Nahrungsmitteln für den Fall zu sichern, daß eine akute Knappheit als Folge der Spannungen auf den Weltmärkten eintritt, wurde in der Ministerratssitzung am 20. Februar 1951 beschlossen, das *Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz*<sup>2)</sup> in seiner ursprünglichen Fassung vom Dezember 1947 mit geringfügigen Änderungen wieder einzuführen.

Damit wurde eine gesetzliche Grundlage geschaffen, welche die zuständigen Stellen (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Bundesministerium für Inneres) ermächtigt, im Bedarfsfalle die Verteilung von Vorprodukten an die Verarbeiter oder die Rationierung der konsumreifen Endprodukte zu verordnen. Notwendigkeit und Zeitpunkt der Bewirtschaftung einer Ware werden von der für die „Lenkung“ geschaffenen Ministerkommission (Wirtschaftsdirektorium) bestimmt.

<sup>2)</sup> Das Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz vom 18. Dezember 1947 trat am 1. Jänner 1948 in Kraft; nachdem verschiedene Nahrungsmittel aus der Liste der bewirtschafteten Waren im Laufe der Zeit herausgenommen worden waren, galt es ab 1. September 1950 nur noch für Zucker, ausländische Fettrohstoffe und daraus erzeugte Speisefette und Öle.

Das neue Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz hat gegenüber dem alten die Zahl der Waren, die bewirtschaftet werden können, verringert, da es sich insbesondere auf Hauptnahrungsmittel (Getreide und Getreideprodukte, Fleisch und Fleischwaren, Milch und Molkereiprodukte, Schmalz, Speisefette und Öle, Zucker, Kolonialwaren) erstreckt. Neugeregelt wurden auch die Kompetenzen zur Erlassung der Verordnungen, die jetzt nicht mehr nach der Art der Maßnahmen, sondern nach der Warengattung abgegrenzt sind. Für alle Erzeugnisse der Landwirtschaft (Getreide, Vieh, Fleisch) ist das Landwirtschaftsministerium, für industriell erzeugte Fette und Öle, Zucker und Kolonialwaren das Innenministerium, für eine Reihe anderer Waren (Brot, Backwaren, Schmalz) sind wie bisher beide Ministerien zuständig, Bewirtschaftungsmaßnahmen zu erlassen. Um eine Erweiterung des Verwaltungsapparates zu vermeiden, sollen auch der Getreide-, Milchwirtschafts- und Viehverkehrsfonds zur Mitwirkung bei den Lenkungsarbeiten herangezogen werden.

Nachdem die Vorräte von ERP-Schmalz in der 76. Zuteilungsperiode aufgebraucht wurden, beschloß der Ministerrat am 13. Februar 1951, den Preis des kommerziell importierten dänischen Schmalzes auf Basis 14'— S je kg zu stützen<sup>1)</sup>. (Auf Grund der hohen Importpreise hätte diese qualitativ hochwertige Ware im Detailverkauf etwa 17'— S je kg kosten müssen.) Diese Maßnahme erzwang gleichzeitig auch die Rationierung von Schmalz, noch bevor das neue Lebensmittelbewirtschaftungsgesetz in Kraft trat<sup>2)</sup>. Für die 77. Zuteilungsperiode (26. Februar bis 25. März 1951) stehen 1.800 t Schmalz zur Verfügung, die zu 30 dkg je Nichtselbstversorger verteilt werden. Die auf Grund der abgeschlossenen Verträge weiter einlangenden Importe kommen zunächst nicht auf den Markt, sondern werden in einem Auffanglager der Importvereinigung gesammelt. Über die Art und den Zeitpunkt ihrer Abgabe an die Konsumenten soll noch entschieden werden, doch ist anzunehmen, daß weiter bewirtschaftet wird.

Der im Juni 1950 begonnene und im August vorübergehend unterbrochene Rückgang der Milchlieferungen hielt bis Jahresende an. Die Marktleistung an Milch sank im Tagesdurchschnitt im November um 14% und im Dezember weiter um 1% und übertraf die Ergebnisse des Vorjahres nur

<sup>1)</sup> Die Stützung beträgt S 2'92 bis 3'42 je kg (tatsächlicher Importabgabepreis S 14'50 bis 15'—, amtlicher Großhandels-einstandspreis S 11'58 je kg), was bei den bisherigen Importen von 1.800 t einen gesamten Subventionsbetrag von etwa 6 Mill. S erfordert.

<sup>2)</sup> Die Rationierung mußte durchgeführt werden, um zu verhindern, daß die verbilligte Ware als inländisches Schmalz, das bereits 16'— S je kg kostet, verkauft oder damit vermengt wird. Infolge der Diskrepanz zwischen den Preisen für Industrie- und Speisefette wurde auch befürchtet, daß das verbilligte Schmalz für die Seifenerzeugung verwendet wird.

noch um 1% und 5%. Dieser Rückgang war vorwiegend saisonbestimmt (im Jahre 1949 nahm die Marktleistung in den gleichen Monaten um 12% und 6% ab); zum Teil ist er jedoch auch der Abnahme der Produktion wegen der ungenügenden Versorgung mit Kraftfutter sowie der in letzter Zeit zunehmenden, nicht erfaßbaren Ab-Hof-Verkäufe — nicht zuletzt als Folge der unzulänglichen offiziellen Produzentenpreise — zuzuschreiben. Die abnehmende Milchaufbringung wirkte sich vor allem auf die Butterversorgung ungünstig aus. Die Marktproduktion von Butter sank im November um 24% und im Dezember um weitere 12% (bezogen auf den Tagesdurchschnitt), so daß der Bedarf trotz Importen aus Dänemark nicht befriedigt werden konnte. Vereinzelt wurden wieder Überpreise (28 bis 30 S je kg) gefordert. Die Produktion von Käse wurde im November zunächst weiter gedrosselt, im Dezember jedoch wieder um 16% erhöht, obwohl die Versorgungslage weitere Exporte zuließ. Der Trinkmilchabsatz wurde dagegen nur geringfügig eingeschränkt (im November um 2'5%, im Dezember um weitere 0'4% im Tagesdurchschnitt).

#### Marktproduktion und Verbrauch von Milch und Milchprodukten<sup>1)</sup>

	1937	1949 1.000 t	1950	1950 in % von 1937	von 1949
<b>Marktleistung</b>					
Milch insgesamt	1.405'0	749'5	875'4	62'3	116'8
Butter	22'0	19'0	16'2	73'8	85'6
Käse	17'0	7'3	9'3	55'0	128'1
<b>Verbrauch<sup>2)</sup></b>					
Konsummilch	599'0	320'9	460'9	76'9	143'6
Magermilch		131'1	34'8		26'5
Butter	18'5	19'0	16'7	90'3	88'2
Käse	13'1	8'7	9'4	71'4	108'1

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Milch- und Fettwirtschaftsverbandes bzw. des Milchwirtschaftsfonds und der Statistik des Außenhandels. — <sup>2)</sup> Verbrauch der Nichtselbstversorger; Marktleistung plus Einfuhr- bzw. minus Ausfuhrüberschuß.

Im Jahre 1950<sup>3)</sup> kamen 875.000 t Milch (1949: 749.500 t) auf den Markt, um 17% mehr als im Vorjahr, jedoch erst 62% von 1937. Das ursprünglich auf 900.000 t festgesetzte Kontingent wurde infolge der ungünstigen Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte nur zu 97% erfüllt. Der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr kam ausschließlich dem Trinkmilchabsatz und der Käseerzeugung zugute, während die Butterproduktion vor allem wegen ihrer geringen Wirtschaftlichkeit bei den derzeitigen Preisen gedrosselt wurde. Während der Trinkmilchabsatz trotz der Aufzucht der Konsummilch (geringere Beigabe von

<sup>3)</sup> Über die Entwicklung der Marktproduktion und des Verbrauchs von Milch und Milchprodukten seit 1946, siehe Nr. 7 der Monatsberichte, Jg. 1950, S. 333 ff. („Marktproduktion und Verbrauch von Milch und Milchprodukten in Österreich“).

Magermilch) von 321.000 t auf 461.000 t (um 44 %) und die Marktleistung an Käse von 7.298 t auf 9.349 t (um 28 %) stieg, sank die Marktproduktion von Butter von 18.979 t auf 16.241 t (um 14 %). Trotzdem war im Vergleich zu 1937 das Niveau der Marktproduktion bei Butter (73,8 %) höher, bei Käse (55 %) niedriger als bei Milch insgesamt (62,3 %).

Wegen der geringen Erzeugung wurden im Jahre 1950 500 t Butter (aus Holland und Dänemark) eingeführt, die infolge ihrer hohen Preise subventioniert werden mußte. Dagegen zwangen die Schwierigkeiten beim Absatz von Käse zu Exporten (704 t) und zur Verbilligung gewisser schwer absetzbarer Sorten<sup>1)</sup>. Gleichzeitig wurden jedoch 725 t Käse (vorwiegend Sorten, die bei uns nicht erzeugt werden) importiert, so daß sich insgesamt ein Einfuhrüberschuß von 21 t (1949: 1.375 t) ergab.

Als Folge dieser gesamtwirtschaftlich wenig verständlichen Produktions- und Außenhandelspolitik sank der Butterkonsum von 18.982 t im Jahre 1949 auf 16.738 t im Jahre 1950 (um 12 %), während der Verbrauch von Käse in der gleichen Zeit von 8.670 t auf 9.370 t (um 8 %) stieg. Dennoch betrug der Verbrauch von Butter 90 %, der von Käse nur 71 % von 1937. Der Verbrauch von Konsummilch nahm bei gleichzeitiger Qualitätsverbesserung von 321.000 t im Jahre 1949 auf 461.000 t im Jahre 1950 (um 44 %) zu, erreichte jedoch erst 77 % von 1937. Dagegen sank der Magermilchkonsum auf 27 % von 1949. Da auch weniger Kondens- und Trockenmilch verbraucht wurde, stieg der gesamte Trinkmilchkonsum nur von 469.000 t auf 507.000 t (um 8 %).

Das *Fleischangebot* auf den Wiener Märkten, das im vergangenen Jahr ständig zugenommen hatte, sank im Jänner 1951 im Wochendurchschnitt um etwa 8 %. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, daß seit Dezember 1950 die ausländischen Lieferungen von Rindern ausgeblieben sind und die von Schweinen stark nachgelassen haben. Die Zufuhren aus dem Inland blieben dagegen weiterhin etwa auf der Höhe der Vormonate (durchschnittlich 1.360 Rinder und 7.000 lebende und geschlachtete Schweine je Woche). Trotzdem waren die Verbraucherpreise für Fleisch weitgehend stabil.

Die Zufuhren von *Obst, Gemüse und Kartoffeln* nach Wien nahmen im Jänner saisonbedingt weiter

ab (im Wochendurchschnitt bei Obst um 1 %, Gemüse um 22 % und Kartoffeln um 30 %); sie waren jedoch, abgesehen von Kartoffeln, allgemein höher als im Jänner 1950 (Obst um 8 %, Gemüse um 25 %). Die Verbraucherpreise waren Ende Jänner ungefähr gleich hoch wie im Vormonat, lagen allerdings fast durchwegs (ausgenommen Orangen und Zitronen) unter den Notierungen von Jänner 1950.

### Preise und Versorgungslage auf dem Hülsenfrüchtemarkt

Die Preise für Hülsenfrüchte (insbesondere Erbsen und Bohnen) sind bis Herbst 1950 erheblich hinter der allgemeinen Verteuerung der Nahrungsmittel zurückgeblieben. So lagen im Durchschnitt der ersten neun Monate 1950 die Preise für Erbsen nur um 61 %, für Bohnen um 161 % über dem Stand von 1937. Erst seit Oktober 1950 ist ein zunächst langsamer, dann aber immer stärkerer Preisaufrtrieb eingetreten, der den Preisindex für die beiden Hülsenfrüchtearten auf nahezu das *Achtfache* von 1937 erhöhte. Mit dieser Preissteigerung bis um 400 % innerhalb der letzten Monate haben Bohnen- und Erbsen das durchschnittliche Preisniveau für Nahrungsmittel (nach dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes Mitte Jänner 1951 rund 552 % von April 1938) nicht nur eingeholt, sondern bereits um 40 % überschritten. Linsen, die erst seit Ende 1949 laufend angeboten werden, erreichten schon Anfang 1950 ein überdurchschnittlich hohes Preisniveau (600 % von 1937). Nach größeren Schwankungen sind die Preise Anfang 1951 — bei teilweise qualitätsbestimmten erheblichen Preisunterschieden — sogar bis auf das Neunfache von 1937 gestiegen.

### Preise für Hülsenfrüchte in Wien<sup>1)</sup>

Zeit	Erbsen, ganze		Bohnen		Linsen	
	S je kg	Ø 1937 = 100 <sup>2)</sup>	S je kg	Ø 1937 = 100 <sup>2)</sup>	S je kg	Ø 1937 = 100 <sup>2)</sup>
Ø 1937	0'68—0'90	100'0	0'47—0'86	100'0	0'80—1'38	100'0
Ø 1946	0'90	113'9	0'94	140'3	—	—
Ø 1947	1'13	143'0	1'27	189'6	—	—
Ø 1948	1'11	140'5	1'50	223'9	—	—
Ø 1949	1'10—1'20	145'6	1'49—1'58	229'9	—	—
Ø 1950 I.—IX.	1'14—1'40	160'8	1'46—2'03	261'2	4'88—8'38	608'3
1950 X.*)	1'70—2'20	246'8	1'80—3'20	373'1	5'80—6'80	578'0
XI.*)	1'80—3'80	354'4	2'00—4'40	477'6	4'70—8'—	582'6
XII.*)	5'50—6'80	778'5	3'00—4'80	582'1	4'80—8'60	614'7
1951 I.*)	5'12—6'50	735'4	3'50—6'20	723'9	4'70—15'—	903'7
II.*)	5'00—6'40	721'5	4'00—6'40	776'1	4'80—16'—	954'1

<sup>1)</sup> Nach dem Wochenberichten des Marktamtes der Stadt Wien. — <sup>2)</sup> Berechnet aus dem Durchschnitt zwischen unterster und oberster Preisgrenze. — <sup>3)</sup> Monatsmitte.

Während die bis September 1950 unterdurchschnittlich niedrigen Preise für Erbsen und Bohnen vor allem dem Angebotsdruck, der von den großen

<sup>1)</sup> Während der von Anfang August bis Ende Dezember 1950 durchgeführten Verbilligung von Emmentaler II. und III. Sorte sowie von Bergkäse wurden rund 1.000 t Alpkäse abgesetzt. Bei einer Stützung von durchschnittlich S 1'10 je kg wurde dafür ein Subventionsbetrag von 1'1 Mill. S aufgewendet, den man aus den Mitteln des Fettausgleichsfonds deckte.

Vorräten an billiger Ware aus Hilfslieferungen der ersten Nachkriegszeit ausging, zuzuschreiben waren, sind die seither sprunghaft steigenden Preise insbesondere auf die Verminderung des Angebots durch den im Jahre 1949 einsetzenden und im Jahre 1950 (vor allem in der ersten Hälfte) stark forcierten Export dieser Vorräte sowie auf die Anlieferungen von teurer Import- und Inlandware zurückzuführen. In den Jahren 1947 und 1948 wurden aus Hilfslieferungen und im kommerziellen Verkehr (zum Teil im Rahmen des Pfundkredits) 78.811 t Bohnen und Erbsen eingeführt. Demgegenüber wurden auf Grund der Rationen in den beiden Jahren nur 71.000 t Hülsenfrüchte den Nichtselbstversorgern zugeteilt, so daß Ende 1948 rein rechnerisch ein Vorrat von fast 8.000 t Importware bestand. Da jedoch die Zuteilungen nicht voll beansprucht wurden und sich vermutlich auch im Jahre 1946 gewisse Vorräte gebildet hatten, dürfte der gesamte Lagerbestand noch höher gewesen sein. In den Jahren 1949 und 1950 wurden weitere 7.542 t Hülsenfrüchte im Rahmen des ERP geliefert, gleichzeitig jedoch 12.208 t ausgeführt, wodurch die Vorräte weitgehend abgebaut wurden<sup>1)</sup>. Die kommerziellen Einfuhren, die im Jahre 1950 zwar erheblich zugenommen hatten, jedoch erst kaum 40% von 1937 (nur Bohnen und Erbsen) erreichten, konnten die Ausfuhren bei weitem nicht ausgleichen. Außerdem waren die Preise der importierten Ware etwa dreimal so hoch wie die der ausgeführten. (Im ersten Halbjahr 1950 betrug der aus der Außenhandelsstatistik errechnete durchschnittliche Einfuhrpreis für Erbsen 411'3 S, für Bohnen 397'3 S je Zentner, während bei der Ausfuhr nur 170'6 und 138'5 S erzielt wurden.) Bemerkenswert ist ferner, daß unter den Abnehmern der österreichischen Exporte neben Libanon auch Großbritannien (22% der Ausfuhr 1950), Italien (23%)<sup>2)</sup> und die Schweiz (2%) stehen, so daß die Ware auch qualitativ den europäischen Anforderungen entsprochen haben dürfte.

#### Außenhandel mit Hülsenfrüchten

Jahr	Bohnen		Erbsen		Linsen		Hülsenfrüchte insg. Einfuhr- (+) bzw. Ausfuhrüberschuß (-)
	Einfuhr <sup>1)</sup>	Ausfuhr	Einfuhr <sup>1)</sup>	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	
1937	12.908	3.395	2.523	308	17.708	41	+ 29.395
1947 <sup>2)</sup>	32.984	—	21.053	—	1.086	—	+ 427.783
1948	170.677	—	190.733	—	98	—	+ 361.508
1949	58	7.189	75.419	30.467	749	—	+ 38.570
1950	250	36.640	6.113	47.785	18.894	—	— 59.168

<sup>1)</sup> Einschließlich Hilfslieferungen. — <sup>2)</sup> Außerdem Hilfslieferungen von 372.660 g Hülsenfrüchte insgesamt.

<sup>1)</sup> Selbst unter der wenig realistischen Annahme, daß seit Ende 1948 von den aus Hilfslieferungen stammenden Hülsenfrüchten nichts im Inland abgesetzt werden konnte (die Bewirtschaftung wurde erst Mitte 1949 aufgehoben), müßten die Vorräte Ende 1950 auf etwa 3.000 t zusammengeschrumpft sein.

<sup>2)</sup> Vorwiegend in Kompensation gegen Reis.

Der Preisauftrieb wurde noch dadurch gefördert, daß die heimische Ernte, welche in der Vorkriegszeit rund 70% des gesamten Hülsenfrüchteverbrauchs deckte, nicht zuletzt als Folge der bis Herbst 1950 äußerst niedrigen Preise, die jede Marktproduktion unrentabel machten, in den Nachkriegsjahren stark abgenommen hatte und im Jahre 1950 besonders niedrig war (Bohnen 53'9%, Erbsen 18'1% und Linsen 36'0% der Ernte 1937). Insgesamt wurden im Jahre 1950 als Hauptfrucht 3.300 t Hülsenfrüchte (59'8% Bohnen, 29'2% Erbsen, der Rest Linsen) geerntet. Einschließlich der Zwischenfrucht, die insbesondere bei Bohnen ausschlaggebend ist<sup>3)</sup>, dürfte die gesamte Hülsenfrüchternte im Jahre 1950 kaum mehr als 6.000 t (1949: 8.000 t) betragen haben. Da der Eigenverbrauch der Produzenten auf etwa 5.000 t geschätzt werden kann (rund 3 kg je Kopf im Jahr), bleiben für den Markt kaum mehr als 1.000 t gegenüber 5 bis 6.000 t in der Vorkriegszeit. Die Preise für inländische Ware lagen daher meist (insbesondere bei Linsen) beträchtlich über denjenigen der Importware.

#### Ernte von Hülsenfrüchten<sup>1)</sup>

Jahr	Bohnen	Erbsen	Linsen	Hülsenfrüchte insges.	
				in Zentner	1937 = 100
1937	36.448	52.930	10.035	99.413	100'0
1946	24.035	13.730	2.520	40.285	40'5
1947	25.185	9.816	1.241	36.242	36'5
1948	31.691	11.706	2.235	45.632	45'9
1949	30.105	12.319	3.213	45.637	45'9
1950	19.643	9.573	3.610	32.826	33'0

<sup>1)</sup> Nur Reinbau.

Der äußerst starke Preisauftrieb in den letzten Monaten läßt vermuten, daß das gegenwärtige Angebot die kaufkräftige Nachfrage nur knapp befriedigt<sup>4)</sup>, da andernfalls die hohen Preise nicht gehalten werden könnten. So wenig verständlich die durchgeführten Exporte gesamtwirtschaftlich<sup>5)</sup> erscheinen mögen, dürften sie doch über die dadurch ausgelöste Preissteigerung die heimische Produktion anregen. Die Lebenshaltungskosten werden durch

<sup>3)</sup> Im Durchschnitt der Jahre 1926 bis 1935 entfielen von der Gesamternte an Speisebohnen (99.191 q) 57'5% auf Zwischenfrucht.

<sup>4)</sup> Auf Grund der geschätzten Marktproduktion (Durchschnitt 1949 und 1950), der Einfuhren und der vermutlich noch vorhandenen Vorräte aus Hilfslieferungen dürften im Jahre 1950 etwa 7 bis 8.000 t Hülsenfrüchte (gegenüber rund 10.000 t in der Vorkriegszeit) zum Verbrauch verfügbar gewesen sein.

<sup>5)</sup> Für die Ausfuhrbestrebungen des Handels waren ausschlaggebend: die geringen Absatzmöglichkeiten, weil die Konsumenten gegen Hülsenfrüchte eine Abneigung haben; die hohen Lagerkosten, die lange Bindung eingesetzten Kapitals sowie die Befürchtung zunehmender Qualitätsverschlechterung und damit Unanbringlichkeit der Ware.

diese Preissteigerung wegen der geringen Bedeutung der Hülsenfrüchte für den Ernährungshaushalt<sup>1)</sup> nur wenig beeinflusst.

### Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 91

Die Herbstsaat von Weizen und Roggen war nach den Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft um 2,4% niedriger als im Jahre vorher und blieb um 8% (16%) hinter dem Ziele des Anbauplanes (Long-Term-Programms) und um 23% hinter dem durchschnittlichen Anbau von 1926 bis 1935 zurück. In Salzburg, Kärnten und Oberösterreich war der Rückgang gegenüber der Vorkriegszeit noch relativ groß (45 bis 35%), in der Steiermark gering (6%). Vorarlberg baute zwar mehr Brotgetreide als früher an, doch tritt dort der Körnerfruchtbau, ähnlich wie in Tirol und Salzburg, gegenüber dem Grasland weit zurück. Im ganzen war die Saatfläche von Winterweizen gleich groß wie vor dem Krieg, jene von Winterroggen dagegen noch um mehr als ein Drittel niedriger. Der ungenügende Anbau war teils auf ungünstige Witterungsverhältnisse, teils auf die gegenüber anderen landwirtschaftlichen Produkten niedrigen Brotgetreidepreise zurückzuführen.

#### Herbstsaat von Weizen und Roggen<sup>1)</sup>

Bundesland	1926/35 1949/50 1950/51			1950/51 in % von	
	1.000 Hektar			1926/35	1949/50
Wien und Niederösterreich	261'1	214'1	215'2	82'4	100'5
Oberösterreich	136'3	94'6	88'6	65'0	93'8
Steiermark	55'5	52'8	52'0	93'8	98'5
Salzburg	15'1	8'7	8'3	55'0	95'5
Kärnten	27'6	21'0	17'5	63'4	83'2
Tirol	7'0	5'0	5'0	71'5	100'3
Vorarlberg	0'1	0'4	0'4	262'1	98'4
Burgenland	65'4	53'9	52'5	80'3	97'4
Österreich insgesamt	568'2	450'4	439'5	77'3	97'6
davon Weizen	204'6	208'2	204'3	99'8	98'1
Roggen	363'6	242'2	235'2	64'7	97'1

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft.

Die Saaten kamen trotz abnormalen Witterungsverhältnissen — im Gebirge gab es ungeheure Schneemengen, der Osten und Nordosten Österreichs war fast schnee- und frostfrei<sup>2)</sup> — gut durch den Winter.

<sup>1)</sup> Nach Wiener Haushaltsstatistiken betrug in der Vorkriegszeit der Verbrauch von Hülsenfrüchten 2,3 kg jährlich je Verbrauchseinheit oder 6% des gesamten Kalorienverbrauchs. Da der Hülsenfrüchtekonsum im Jahre 1950 nur etwa 1,25 kg je NaVE betragen hat, dürfte sein Anteil am gesamten Kalorienverbrauch derzeit noch geringer sein.

<sup>2)</sup> Im Jänner betrug nach den Angaben der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik die maximale Schneehöhe in Krems (Niederösterreich) 1 cm und die gesamte Niederschlagsmenge 11 mm; am Brenner und im Zillertal (Tirol) fielen jedoch gleichzeitig 568 und 500% der normalen Niederschläge; durch Lawinen, die auch an bisher weniger oder nicht

Doch sind Flurschäden im heurigen Frühjahr um so mehr zu befürchten, als einem zu warmen Winter in der Regel kaltes, der Obstbaumblüte und den Saaten wenig zuträgliches Wetter zu folgen pflegt.

Für den Frühjahrsanbau wird neben Kunstdünger auch Saatgut in ausreichenden Mengen angeboten. Während aber die Relationen zwischen Saatgutpreisen und Produktpreisen bei Sommerweizen, Gerste, Hafer und Mais annähernd normal sind — Originalsaatgut ist, ebenso wie vor dem Kriege, um 50% teurer als die Konsumware —, sind die Preise für Saatkartoffel und Futtersämereien, die mangels ausreichender Inlandsproduktion teilweise importiert werden müssen, überhöht. So kostet Saatgut von Speise- und Stärkekartoffeln mehr als das Doppelte der Marktware, Rotklee und Luzerne das Elf- und Neunfache von 1937.

#### Entwicklung der Saatgut- und Produktpreise

Ware	Saatgut-Verbraucherpreise im Frühjahr			Produkten-Großhandelspreise im Februar		
	1937	1951	1951	1937	1951	1951
	S je 100 kg			S je 100 kg		
Weizen <sup>1)</sup>	51'31	200'00	390	36'85	138'70	376
Kartoffeln <sup>2)</sup>	13'00	116'00	892	8'75	48'00	549
Zuckerrüben <sup>3)</sup>	110'00	865'00	786	4'70	29'00	617
Rotklee <sup>4)</sup>	140'00	1.600'00	1.143	11'25	57'50	511
Luzerne <sup>4)</sup>	152'50	1.425'00	938	11'25	57'50	511

<sup>1)</sup> Preise für Original-Saatgut in Niederösterreich, ohne Säckekosten und Fracht. — <sup>2)</sup> Sorte Böhm's Allerfrüheste. — <sup>3)</sup> Produzentenpreis bei Vertragsanbau. — <sup>4)</sup> Großhandelspreis für inländisches Saatgut, naturreich; Großhandelspreis für gepreßtes Kleeheu.

Daß man den Kleebau wegen der hohen Preise für Saatgut wahrscheinlich etwas einschränken wird, ist nicht ungünstig, weil dadurch Flächen für einen intensiveren Anbau von knappem Futtergetreide frei werden. Produktionspolitisch ungünstiger wäre es, wenn auch die effektive Nachfrage nach Saatkartoffeln zurückgehen sollte, zumal die alten Sorten stark abgebaut und ertragsschwach geworden sind.

Obleich im Jänner und Februar 66.865 t Futtermittel importiert und zu niedrigen Preisen abgegeben wurden, blieb die Marktlage angespannt. Inlandshafer und -Mais zogen weiter an und kosten bereits 692 bis 839% von 1937. Der starke Preisaufrtrieb geht freilich nicht allein auf die knappe Versorgung mit Futtermitteln zurück, sondern auch auf die stärker einsetzende Nachfrage nach Hafer und Mais für Saatzwecke<sup>3)</sup>. Auch Fischmehl, dessen Großhandelspreis seit Herbst 1950 von S 90'61 auf S 400'— je 100 kg, also auf das Viereinhalbfache stieg, ist noch

gefährdeten Stellen niedergingen, wurden über 120 Menschen getötet und zahlreiche Bauerngehöfte und Waldbestände zerstört.

<sup>3)</sup> Überdies ist Inlandsmais zur Zeit auch für Ernährungszwecke stärker gefragt, da verbilligter Importmais bestimmungsgemäß verfüttert werden muß.

immer relativ stark nachgefragt; als spezifisches Beifutter in der Schweine-Aufzucht und -Mast ist sein Verbrauch allerdings ziemlich preisunelastisch.

Aus der letzten Ernte wurden bis Ende Jänner 109.365 t Weizen und 82.636 t Roggen, zusammen 192.001 t verkauft. Da die verbilligten Importfuttermittel in den Getreideanbaugebieten nur dann abgegeben werden, wenn gleichzeitig eine bestimmte, im einzelnen verschieden hohe und individuell bemessene Menge von Brotgetreide abgeliefert wird, dürften Weizen und Roggen auch noch in den kommenden Monaten verkauft werden. Unter Umständen könnte die im Kontingent abgelieferte Menge vom Vorjahr (234.472 t) noch erreicht werden.

Die allein auf Grund einer internen Weisung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft geübte Verteilung der Futtermittel hat jedoch vielfach zu Härten geführt. Es wurde daher ein Gesetz vorbereitet, das die Schweinehaltung in bestimmten Fällen begrenzt und die Bezugsberechtigung und Verteilung der verbilligten Futtermittel regelt. Sie wird an den Nachweis einer bestimmten Marktleistung an landwirtschaftlichen Produkten gebunden. Doch dürfte dieses Problem damit kaum gelöst sein; und zwar deshalb nicht, weil gegenwärtig zu wenig Futtermittel importiert werden können, um alle landwirtschaftlichen Betriebe zu berücksichtigen; ferner weil die zu niedrig und nur in Relation zum Brotgetreide festgesetzten Abgabepreise auch jene Betriebe, die Futter sonst nicht zukaufen, sowie die Grenzbetriebe zur Ausweitung der tierischen Produktion anreizen, dadurch die Nachfrage erhöhen und zu Fehlinvestitionen führen; endlich, weil der „echte“ Bedarf an zusätzlichen Futtermitteln nicht so sehr mit der Höhe der Marktleistung an einzelnen Produkten zusammenhängt, als vielmehr mit der Organisation der Acker- und Wiesenwirtschaft, dem Anbau- und Wiesenverhältnis und der Viehwirtschaft im besonderen. Produktionspolitisch am günstigsten wäre es, wenn der Verbrauch über den Preis gelenkt werden könnte; dies ist jedoch so lange unmöglich, als die Verzerrungen im Gefüge der Getreidepreise nicht behoben sind.

Ein zweites kürzlich beschlossenes Gesetz soll die *Brot- und Meherversorgung* sichern. Brotmehl aus der Handelsvermahlung darf nur noch an Bäckereien abgegeben werden, um zu verhindern, daß das auf Kosten von Weißbrot, Kochmehl und Grieß künstlich verbilligte Produkt anderen Zwecken als der Ernährung der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung zugeführt wird. Auf Grund der verzerrten Preisrelationen war es nämlich rentabel, Brotmehl zu verfüttern; manche landwirtschaftliche Betriebe wiederum kauf-

ten Brotmehl für den Hausbedarf zu und verfütterten das eigene Getreide, anstatt es im Lohn vermahlen zu lassen. Dadurch aber erhöhte sich der Verbrauch von Brotmehl<sup>1)</sup> bedeutend stärker, als man auf Grund des rückläufigen Kochmehl- und Weißbrotkonsums (nach dem letzten Preis-Lohn-Abkommen) annehmen konnte. Das Gesetz soll nun den teilweise überhöhten Brotmehlverbrauch wieder normalisieren, die Ernährung sichern und die finanzielle Situation der Mühlenausgleichskasse konsolidieren<sup>2)</sup>.

Der in den letzten Monaten von den internationalen Holzmärkten ausgehende starke Preisauftrieb erschwerte in zunehmendem Maße die ausreichende *Versorgung des Inlandsmarktes mit Schnitt-, Bau- und Grubenholz* zu „erträglichen“ Preisen. Wohl hatten die forcierten Exporte noch keine effektive Verknappung von Holz im Inland zur Folge, doch zogen die Preise stark an. Man befürchtete, daß dadurch die Bau- und Investitionsvorhaben der öffentlichen Hand fühlbar gekürzt und der Arbeitsmarkt ungünstig beeinflußt werden könnte. Wirksame Maßnahmen, die den Einfluß des haussierenden Weltholzmarktes auf das Inlandspreisniveau abschwächen sollten, würden um so dringender gefordert, als sich auch die Inlandspreise der Fertigwaren aus Holz, trotz relativ hoher Lohnintensität dieser Industriezweige, verteuerten und – zusammen mit den übrigen Preissteigerungen – das Gleichgewicht zwischen Preisen und Löhnen zu gefährden drohten.

Um den dringenden heimischen Schnittholzbedarf für 1951 zu niedrigeren als Weltmarktpreisen zu decken, kamen Waldbesitzer und gewerbliche Holzwirtschaft im (privaten) Bundesholzwirtschaftsrat überein, eine Menge von 830.000 m<sup>3</sup> oder 25 % der voraussichtlichen Produktion von Nädelschnittholz und Bauholz<sup>3)</sup> für den Inlandsverbrauch sicherzustellen.

<sup>1)</sup> Während die Handelsmühlen von September bis November 1949 monatlich 13.700 t Roggen und 38.900 t Weizen vermahlen, mußten in den gleichen Monaten d. J. 1950 19.500 t Roggen und 39.000 t Weizen vermahlen werden, um den Bedarf zu decken.

<sup>2)</sup> Da zu wenig Roggen vorhanden war, um die übersteigerte Nachfrage nach Brotmehl zu decken, wurden Sondervermahlungen von Weizen auf Brotmehl sowie höhere Auszüge (20 bis 25 % gegen 13 %) von Brotmehl aus der Normalvermahlung von Weizen notwendig, die die Mühlenausgleichskasse finanziell stark beanspruchten (siehe auch Heft 11 der Monatsberichte, Jg. 1950, S. 542, Fußnote 2). Da es gelang, zusätzlich 100.000 t ERP-Roggen und 20.000 t Brotmehl aus Frankreich einzuführen, kann Weizen schon ab 1. März in ganz Österreich wiederum normal ausgemahlen werden.

<sup>3)</sup> Im Kalenderjahr 1950 wurden nach den Angaben des Bundesholzwirtschaftsrates 3.356.495 m<sup>3</sup> Schnittholz und bezimmertes Bauholz erzeugt.

Dies will man so erreichen, daß man an bestimmte Verarbeiter und Verbraucher „Kontrollscheine für den Inlandsbezug von Schnittholz“ ausgibt, die zum preisbegünstigten Ankauf der Ware bei einem Sägewerk oder Holzhändler berechtigen. Den Holzexporteuren dagegen werden Exportlizenzen nur dann ausgeteilt, wenn sie für 33 % der Exportmenge von Schnittholz und für 15 % der Exportmenge von Bauholz Kontrollscheine<sup>1)</sup> beigebracht haben. Die Kontrollscheine sind Wertpapiere und werden börsenmäßig gehandelt. Damit wird ein Teil der im Export erzielten Konjunkturgewinne an die Besitzer der Kontrollscheine abgezweigt. Da aber der Inlandsverbrauch von Bauholz und Nadelschnittholz größer ist (1,2 bis 1,3 Mill. m<sup>3</sup>) als die auf Kontrollscheine lautende Menge, müssen noch 31 bis 36 % des Bedarfes ohne Scheine (also zu Exportpreisen) gedeckt werden.

Obwohl ziemlich komplizierte Durchführungsbestimmungen erlassen wurden, um das preisbegünstigte Vorkaufsrecht der inländischen Bedarfsträger zu sichern und um Spekulationen mit Kontrollscheinen zu verhindern, kann derzeit noch nicht beurteilt werden, ob das Verfahren in allen Fällen einwandfrei funktionieren wird, oder ob es nicht gesamtwirtschaftlich zweckmäßiger gewesen wäre, Exportzölle oder die staatliche Bewirtschaftung und Preiskontrolle einzuführen. Für Grubenholz wird zur Zeit ein ähnliches Verfahren ausgearbeitet, um die Versorgung der inländischen Bergbaue sicherzustellen.

## Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten S. 92–93

Die Entwicklung der Energieversorgung ist gegenwärtig noch unübersichtlich. Die Stromerzeugung ist vorläufig nicht gefährdet, weil die Kohlenvorräte unter allen Umständen bis zum Frühjahr reichen werden. Dagegen bietet die allgemeine Kohlenversorgung zunächst ein ungünstiges Bild. Die Entwicklung in den nächsten Monaten wird allerdings erst dann abgeschätzt werden können, wenn die Ergebnisse der gegenwärtig laufenden Verhandlungen mit allen wichtigen Lieferländern bekannt sind.

Auch im Jänner lag die Wasserführung der Flüsse wegen des milden Winterwetters weit über dem langjährigen Durchschnitt. Dementsprechend war auch die Erzeugung von Wasserkraftstrom mit 265 Mill. kWh verhältnismäßig hoch. Einen neuen

<sup>1)</sup> Handelsfähig ist ein Kontrollschein erst dann, wenn er vom Holzlieferanten und vom Holzbezieher unterschrieben und mit dem Datum des Kaufabschlusses oder der schlußbrieflichen Vereinbarung über eine spätere Holzlieferung versehen wurde.

Höchststand erreichte der Verbrauch mit 392 Mill. kWh. Durch die starke Belastung der Dampfkraftwerke, die 151 Mill. kWh erzeugen mußten, gingen die Kohlenvorräte, trotz Anlieferung von 45.000 t (Steinkohlenbasis), von 225.803 t Ende Dezember auf 187.549 t Ende Jänner 1951 zurück. Die Vorräte an Heizöl betragen 5.019 t.

Die Kohleneinfuhr ist im Jänner sehr stark zurückgegangen. Die Gesamteinfuhr war um 17 %, die Steinkohleneinfuhr sogar um 19 % niedriger als im Jahresdurchschnitt 1948. Sowohl die polnischen als auch die deutschen Lieferungen waren bedeutend niedriger als im Durchschnitt der letzten drei Jahre.

Die starke Verknappung polnischer Kohle, die besonders für Verkehr und Industrie wichtig ist, veranlaßte die Oberste Bergbehörde, mit 1. Februar 1951 – vorläufig nur für polnische Kohle – wieder direkte Lenkungsmaßnahmen einzuführen. Die in der Grenzstation einlangende Kohle wird unter Ausschaltung des Großhandels an die Direktbezieher der Industrie und des Verkehrs nach der Dringlichkeit des Bedarfs disponiert. Die Verteilung der Hausbrandkohle blieb davon unberührt.

Im Laufe des Februar haben sich die Lieferungen aus der Ruhr wieder gebessert. Es liegen aber noch keine Ziffern über die gesamten Importe vor. Die inländische Förderung hat trotz dem Winterwetter im Jänner einen neuen Rekordstand von 235.330 t Kohle (Steinkohlenbasis) erreicht, konnte aber die Importeinschränkung bei weitem nicht ausgleichen.

Insgesamt standen der österreichischen Wirtschaft im Jänner 554.651 t Kohle (Steinkohlenbasis), d. s. 134,5 % von 1937 und 11 % weniger als im Dezember zur Verfügung.

Der inländische Braunkohlenbergbau unternimmt beträchtliche Anstrengungen, seine Förderung zu erhöhen. Das Investitionsprogramm sieht eine Steigerung um 1,2 Mill. t Kohle in den nächsten Jahren vor, die per Saldo allerdings nur eine Erhöhung der Gesamtförderung um 700.000 t ergeben wird, weil andere Gruben wegen Erschöpfung der Lagerstätten mit einem Förderausfall von 500.000 t rechnen.

Die beiden größten, gegenwärtig in Ausbau befindlichen Projekte, sind das Salzach-Kohlenrevier (Ostermiething) und ein neuer Kohlenbergbau bei St. Stefan im Lavanttal. In Ostermiething sind zwar die Betriebsanlagen (Verbindungsbahn, Aufbereitungslager usw.) schon fertig, wegen unerwarteter geologischer Schwierigkeiten kann aber erst im nächsten Jahr mit einer Förderung von etwa 130.000 t, die dann in den folgenden Jahren auf über 300.000 t gesteigert werden soll, gerechnet werden. Die dort anfallende Kohle ist der steirischen Glanzkohle fast gleichwertig. Gegenwärtig sind erst 140 Mann beschäftigt. In der Endstufe sind 2.100 Mann vorgesehen.

Im Lavanttal handelt es sich um einen neuen Kohlenflöz von etwa 30 Mill. t in der Nähe von St. Stefan. Man erhofft aus dem neuen Schacht eine Jahresförderung von 500.000 t. Bereits im Sommer sollen mit einer Behelfsanlage 700 t täglich ausgebracht werden.

Namhafte Beträge sind weiters für die Verlegung und Vergrößerung der Obertaganlage im Revier Köttsch und für den Ausbau des Tagbaues Karlschacht vorgesehen. Kleinere Kredite sind für Rationalisierungsmaßnahmen in schon bestehenden Bergbauen bestimmt.

### Gewerbliche Produktion

Dazu statistische Übersichten S. 94–99

Die Rohstoffknappheit hält weiter an, wenn auch im Berichtszeitraum noch keine stärkeren Auswirkungen sichtbar geworden sind. Der starke Rückgang des Produktionsindex im Dezember (um 93%) war durch die Saison bestimmt und wegen des Arbeitsausfalles zu den Feiertagen zu erwarten. Auch im Jänner dürfte die Produktion noch nicht wieder gestiegen sein.

#### Entwicklung von Produktion und Produktivität im Jahre 1950

Nach den nun vorliegenden endgültigen Ziffern lag die *Industrieproduktion im Jahre 1950* um 41% über dem Stand von 1937 und um 19% höher als im Jahre 1949.

Die Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Produktionsmittel- und jener der Konsumgüterproduktion blieb auch im Jahre 1950 bestehen, wenn sie sich auch geringfügig zugunsten der letztgenannten verschoben hat. Während der Index der *Produktionsmittelindustrien* um 173% auf 169,2% von 1937 stieg, erhöhte sich der Index der *Verbrauchsgüter* um 210% auf 116,3% von 1937.

Den absolut höchsten Stand gegenüber 1937 erreichte mit 1957% die *Maschinenindustrie*<sup>1)</sup>. Drei Industriezweige (*Papier-, Textil- und Lederindustrie*) erreichten noch nicht den Vorkriegsstand. Am weitesten ist die Leder- und Schuhindustrie zurückgeblieben, die ihre Erzeugung im Jahre 1950 nur um 82% auf 83,6% von 1937 steigerte. Bei der Papierindustrie, die bereits dreischichtig ausgelastet ist und durch den Krieg Kapazitätsverluste erlitt, kann die Produktion vorläufig nicht weiter gesteigert werden. In der Textil- und besonders der Lederindustrie sind noch genügend freie Kapazitäten vorhanden. Die Ursache der geringen Kapazitätsausnützung dürften weniger Rohstoffschwierigkeiten als Absatzsorgen der Industrie gewesen sein, die befürchtete, eine höhere Produktion bei gleichen Preisen nicht verkaufen zu können.

<sup>1)</sup> Abgesehen von der Metallhüttenindustrie, die mit dem Aluminiumwerk Ranshofen ihre Kapazität vervielfachte.

Der *Beschäftigungsindex* ist im Jahre 1950 nur um 58% auf 158,3% gestiegen. Die Produktionsausweitung wurde daher zum größeren Teil durch Steigerung der *Produktivität* (um 12,6%) ermöglicht.

#### Entwicklung in den einzelnen Industriezweigen

Der Produktionsrückgang im Dezember verteilte sich ziemlich gleichmäßig auf Produktionsmittelindustrie (–10,8%) und Konsumgüterindustrie (–8,3%). Da die Beschäftigung unverändert blieb, ging auch der Produktivitätsindex um 9% auf 91,0% von 1937 zurück.

Der Index der *Bergbauproduktion* ist im Jänner trotz dem Winterwetter um 61% auf 148,2% von 1937 gestiegen. Im Kohlenbergbau und bei der Eisenerzförderung, den beiden wichtigsten Bergbauzweigen, werden große Anstrengungen unternommen die Erzeugung zu steigern.

Die Produktion der *eisenschaffenden Industrie* ist im Jänner um 1,3% zurückgegangen. Nur die *Stahlerzeugung* war etwas höher als im Dezember.

Der dritte Hochofen in Linz, der seit einiger Zeit warmgehalten wird, konnte noch nicht in Betrieb genommen werden, weil die Koksversorgung nicht gesichert ist.

Mit Stichtag vom 20. Jänner 1951 wurde die Auftragsannahmesperre des Walzstahlbüros für Kommerzwalzwaren wieder aufgehoben. Die Bezieher wurden aber gleichzeitig davon in Kenntnis gesetzt, daß trotzdem keine Verbesserung der Inlandsversorgung zu erwarten sei. Lediglich Grobbleche sind ab Mitte 1951 in größeren Lieferungen von der VÖEST zu erwarten. Bei allen anderen Sorten werden die Lieferungen, falls die Versorgung mit Kohle und Schrott gesichert werden kann, im Jahre 1951 nicht größer sein als 1950. Gleichzeitig teilte das private Walzstahlbüro mit, daß es durch eine möglichst gerechte Verteilung auf alle verbrauchenden Betriebe für eine gleichmäßige Beschäftigung sorgen werde.

Die Inlandslieferungen an Kommerzwalzwaren<sup>2)</sup> (ohne Eigenbedarf der Erzeugerwerke) waren im Durchschnitt des IV. Quartals 1950 um 7% höher als in den ersten neun Monaten; gleichzeitig ist ihr Anteil an den Gesamtlieferungen (einschließlich Lohnwalzung und Eigenbedarf) von 55% auf 54% zurückgegangen. Die Exporte haben dagegen bedeutend (um 31%) zugenommen. Ihr Anteil an den gesamten Lieferungen stieg von 17% auf 21%. Von den gesamten Lieferungen im IV. Quartal 1950 (I. bis III. Quartal) entfielen 54% (55%) auf Inlandskunden, 21% (17%) auf Export, 19% (19%) auf den Eigenbedarf, 2% (4%) auf Lohnwalzungen und 4% (5%) auf II a Material.

Die Entwicklung der Auftragsbestände im IV. Quartal ist nicht typisch, weil durch die Auftragssperre die Auftragsengänge stark vermindert wurden. Trotz der Sperre wurden aber auch im IV. Quartal noch Inlandsbestellungen über 57.982 t und Auslandsaufträge über

<sup>2)</sup> Nach Angaben der Statistischen Abteilung des Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe.



22.791 t hereingenommen. Der Auftragsbestand (ohne Eigenbedarf und IIa Material) betrug im Dezember 204.240 t, davon 162.223 t (80%) für Inlands- und 42.017 t (20%) für Auslandskunden. Legt man die Inlands- und Auslandslieferungen im Durchschnitt des IV. Quartals 1950 zugrunde, so entspricht der gegenwärtige Auftragsbestand 6½ Monatslieferungen, wobei allerdings starke Unterschiede zwischen einzelnen Sorten bestehen.

Die Exportquoten der eisenschaffenden Industrie lagen im IV. Quartal 1950 in allen Positionen bereits über dem Stand von 1937.

*Exportquoten der eisenschaffenden Industrie<sup>1)</sup>*

	1937	1948	1949	1950	IV. Quartal 1950
Roheisen .....	29'46	36'91	40'60	47'66	48'26
Stahl .....	0'97	1'52	1'99	2'17	3'09
Walzwaren insges. .	26'87	29'16	24'71	26'31	32'07
davon Bleche.....	30'81	31'70	30'94	29'73	35'29
Draht .....	23'62	26'89	20'31	29'30	38'46

<sup>1)</sup> Export in % der Produktion.

Die Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke in Linz bauen derzeit, abgesehen von den Investitionen im Walzwerk, auch die *Teerdestillation* der Kokerei aus. Die neue Anlage, die nach modernsten Gesichtspunkten errichtet wird, soll noch heuer fertig werden und eine wesentlich günstigere Auswertung des in großen Mengen anfallenden Rohteers ermöglichen. Auch die Arbeiten an der letzten, noch stillliegenden Koksbatte der Kokerei werden beschleunigt, da man nun doch für den dritten Hochofen den notwendigen Koks in Linz erzeugen will. Die Kapazität der Kokerei wäre dann voll ausgenutzt.

Die Produktion der *Gießereiindustrie* ist im Dezember um 7% gesunken. Die Aufträge nehmen zwar dauernd zu, können aber wegen der Schwierigkeiten bei der Rohmaterialbeschaffung nicht voll erfüllt werden. Besonders stockt die Versorgung mit Altmetallen und Gußbruch. Erst ab 5. März 1951 sind die Altmetallhändler gesetzlich verpflichtet, ihre Bestände und Zukäufe binnen sechs Wochen den bezugsberechtigten Metallverarbeitern abzuliefern. Bisher waren sie bloß zu Meldungen gehalten. Auch die Lieferungen der Kokerei Linz reichen nicht mehr aus. Da die Vormaterialpreise (Gußbruch, Formsand, Koks) gestiegen sind, mußten auch die Preise für Grauguß um 14% erhöht werden.

Die *Maschinenindustrie* kann dank der günstigen Konjunktur in zunehmendem Maße exportieren. Da in dieser Branche bisher noch die meisten Kapazitäten unausgenutzt geblieben sind, könnte sich hier, anders als bei den vollausgenutzten Zweigen, auch eine Mengenkonjunktur entwickeln. Die ungenügende Versorgung mit Walzmaterial verhindert aber eine größere Produktionsausweitung. Gerade bei den wichtigsten Walzmaterialsorten könnte auch eine völlige Einstellung der Exporte keine Erleichterung bringen.

Die inländischen Verarbeiter können erst nach 1952, wenn die laufenden Investitionen in der Schwerindustrie beendet sein werden, mit einem ausreichenden Angebot rechnen. Der Gesamtindex der Maschinenindustrie ist im Dezember zwar um 11,9% zurückgegangen, lag aber im Durchschnitt des Jahres 1950 um 23,9% höher als im Jahre 1949.

Innerhalb der Maschinenindustrie gewinnt die *Maschinenbauabteilung der VÖEST*, die der Zahl der Beschäftigten nach bereits zu den größten Betrieben dieser Art in Österreich gehört, immer mehr an Bedeutung. Die Kapazität des Betriebes wird gegenwärtig noch stark durch Arbeiten für Komplementärinvestitionen im Hütten- und Walzwerkbetrieb beansprucht. Die Arbeiten der VÖEST Maschinenbauabteilung übersteigen gewichtsmäßig sogar die ERP-Lieferungen der amerikanischen Firmen. Von den vorgesehenen 4.000 t Walzwerkseinrichtungen für die Investitionen in Linz wurden bisher 3.000 t geliefert. Daneben wurde im Jahre 1950 das Kaltwalzwerk für Ranshofen gebaut. An einem Edelfahlwalzwerk für Schoeller & Bleckmann wird gegenwärtig gearbeitet. Neben Walzwerks- und Hütteneinrichtungen umfaßt das Produktionsprogramm noch vier weitere große Gruppen, nämlich Werkzeugmaschinen, Sägewerks- und Holzindustriemaschinen, Bergwerksmaschinen und Maschinen für die Industriegruppe Steine und Erden sowie allgemeinen Maschinenbau. Eine Reihe von Erzeugnissen dieser Gruppen konnte bereits mit Erfolg im Ausland verkauft werden. Etwa 30% der Erzeugung des Jahres 1950 wurden für den Hüttenwerksbetrieb der VÖEST geliefert.

Auch die *Maschinenfabrik Andritz* bei Graz, die durch Kriegereignisse fast ihren gesamten Maschinenpark verloren hat, konnte durch ERP-Kredite von fast 20 Mill. S wieder zu einem der führenden Betriebe der Maschinenindustrie gemacht werden. Spezialmaschinen wurden aus den USA und Deutschland bezogen, Drehbänke, Fräsmaschinen und Elektromotoren im Inland gekauft. Der Arbeiterstand beträgt gegenwärtig 820 Mann und soll nach weiteren Investitionen auf 1.250 Mann erhöht werden. Der Betrieb erzeugt jetzt vor allem Turbinen, Pumpen, Walzwerkseinrichtungen, Hebezeuge, Fördermittel, Kompressoren und Maschinen für die Papierindustrie. Im Jahre 1950 wurden 30% der Produktion nach dem Balkan und nach Kleinasien exportiert.

Der Gesamtindex der *Fahrzeugindustrie* war im Jahre 1950 nach den endgültigen Ziffern um 21,7% höher als im Jahre 1949. Im Dezember blieb die Produktion fast unverändert.

An der günstigen Entwicklung der Fahrzeugindustrie haben die *Steyrwerke* den größten Anteil. Das Unternehmen beschäftigt in seinen Betrieben in Graz und Steyr derzeit über 7.000 Arbeitskräfte. In Steyr werden in erster Linie Diesellastkraftwagen, Traktoren und Kugellager erzeugt, die eine wichtige Rolle im Export spielen. Von der Motorradproduktion in Graz werden 60% ausgeführt, und auch in Freilaufnaben ist das Unternehmen führend in Mitteleuropa.

Der Montagevertrag mit den Turiner Fiatwerken wurde für das Jahr 1951 verlängert. Er sieht den Zusammenbau von Fiatwagen der Typen 1100 und 1400 im

Wert von 2,2 Mill. \$ vor. Die Gegenlieferungen aus Österreich sollen mehr arbeitsintensive Fertigprodukte als bisher umfassen. Zu diesem Zweck wurde in Steyr die Erzeugung von Hinterradachsen, die nach Italien exportiert werden sollen, aufgenommen.

Durch den Absatz von 7.000 Traktoren im Inland ist der Markt annähernd gesättigt. Die Erzeugung — etwa 25 Stück täglich — wird aber nicht eingeschränkt werden müssen, weil zusätzliche Auftragsaufträge, u. a. auch aus Übersee, vorliegen. Das Exportgeschäft mit Deutschland konzentriert sich in erster Linie auf den 3,5-t-Dieselmotoren.

Insgesamt wurden von der Fahrzeugindustrie im Jahre 1950 (1949) 2.045 (1.664) Lastwagen, 601 (558) Autobusse, 5.659 (4.235) Traktoren, 19.694 (12.759) Motorräder und 111.296 (153.875) Fahrräder erzeugt.

Auch in der Elektroindustrie ging die Produktion im Dezember um 13,3% zurück. Gegenüber 1949 war die Erzeugung im Jahre 1950 um 22,9% höher.

Die günstige Konjunktur wirkt sich bisher vor allem in der Starkstromindustrie aus, während die Schwachstromindustrie noch immer unterbeschäftigt ist. Die Telephonindustrie ist auf dem Inlandsmarkt auf staatliche Aufträge angewiesen, die, soweit es sich nicht um normalen Erneuerungsbedarf handelt, von der Zuteilung von ERP-Mitteln an das a. o. Budget abhängig sind. Auftragsaufträge sind wegen der Typenzersplitterung in den in Frage kommenden Südstaaten nur schwer zu übernehmen.

In der Starkstromindustrie ist die Lage viel günstiger, da einerseits die laufenden Großinvestitionen im Inland bedeutende Aufträge hereinbringen und andererseits auch die Auslandsnachfrage wegen der günstigen Lieferfristen in Österreich zunimmt. Die Kapazität der Elektroindustrie ist trotz großen Kriegsverlusten heute schon bedeutender als vor dem Krieg. Besonders die Motorenerzeugung ist durch die Neugründung eines Motorenwerks in Deuchendorf (Steiermark) bereits bedeutend größer als vor dem Krieg.

Die *Elin-Werke* sind derzeit das größte Unternehmen in der Elektroindustrie. Die Maschinen- und Transformatorfabrik in Weiz (Steiermark) wurde nach den Demontagen völlig neu ausgerüstet, umorganisiert und erweitert. Die Apparatefabrik in Wien, die intakt geblieben war, hat eine Reihe neuer Fertigungen aufgenommen, wie z. B. den Bau von Röntgen- und elektromedizinischen Geräten. In beiden Betrieben zusammen arbeiten gegenwärtig über 4.000 (1937: 1.450) Beschäftigte. Die notwendigen Investitionen wurden durch einen Kredit der Export-Importbank (Washington) von 1,6 Mill. Dollar eingeleitet und später durch ERP-Kredite fortgeführt.

Das Erzeugungsprogramm wurde gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend erweitert und umfaßt jetzt Motoren, Generatoren, Transformatoren bis zu den größten Lei-

stungen, Schweißmaschinen und -automaten und elektrische Triebfahrzeuge. Unter anderem arbeitet das Werk gegenwärtig an zwei Generatoren von je 70.000 *kVA* (solche Aggregate wurden früher aus Deutschland bezogen) für das Kraftwerk Kaprun, daneben aber auch an zahlreichen Aufträgen für Großgeneratoren und Motoren höchster Leistung für neue Walzwerke der Schwerindustrie. Die Auftragsaufträge, die ebenfalls Großmaschinen betreffen, nehmen ständig zu. Etwa ein Viertel der Produktion des Jahres 1950 wurde exportiert. Für 1951 rechnet man mit einer Erhöhung der Exportquote.

Der Index der Baustoffproduktion ist im Dezember der Jahreszeit gemäß weiter um 24,4% gesunken. Außer der Ziegelerzeugung ist auch die Zementproduktion wegen Überholung der Anlagen stark gesunken.

Auch in der chemischen Industrie war die Dezemberproduktion um 7,1% niedriger. Die Entwicklung in den einzelnen Sparten war nicht einheitlich. Während die Erzeugung von Kristallsoda, Ätznatron und Kautschukwaren annähernd gleich blieb und die Stickstoffproduktion sogar einen neuen Rekordstand erreichte, ging die Produktion von Karbid, Zündhölzchen, Teerprodukten und besonders von Seife und Waschmitteln stark zurück.

Die Papierindustrie arbeitet gegenwärtig mit voller Kapazitätsausnutzung in drei Schichten. Die günstige Weltmarktlage — die Weltmarktpreise sind mehr als doppelt so hoch wie die Inlandspreise — hat zu einer weiteren Erhöhung der Exportquoten geführt.

Da die Produktion wegen der Kapazitätsverluste erst knapp den Stand von 1937 erreicht hat und kurzfristig noch nicht gesteigert werden kann, gehen die höheren Exporte zu Lasten des Inlandsverbrauches. Die Exportquoten sind im Durchschnitt 1950 zwar noch immer niedriger gewesen als im Jahre 1937, aber auch der Inlandsverbrauch hat gegenüber damals stark zugenommen (Zellstoff für Zellwolleerzeugung, höherer Papierkonsum infolge allgemein höherer Produktion und Umsätze). Im IV. Quartal 1950 haben die Exportquoten für Papier und Pappe den Vorkriegsstand bereits überschritten, während die Erzeugung dieser beiden Sparten in der gleichen Zeit erst 104,9% bzw. 92,5% von 1937 erreichte. Besonders an Pappe herrscht in den inländischen Verarbeitungsbetrieben großer Mangel. Die Papierfabriken sind für ein halbes Jahr ausverkauft, über die Produktion eines weiteren halben Jahres sind bereits Rahmenverträge (ohne Preis) abgeschlossen worden.

Das Investitionsprogramm der Papierindustrie unterliegt zwar noch immer gewissen Korrekturen, wird aber

#### Exportquoten der Papierindustrie<sup>1)</sup>

	1937	1948	1949	1950	IV. Quartal 1950
Holzschliff .....	19'42	3'17	6'76	8'96	7'86
Zellulose .....	54'23	25'34	32'43	43'52	43'05
Papier .....	50'50	35'88	39'02	49'19	55'65
Pappe .....	50'99	30'47	35'47	35'73	54'64

<sup>1)</sup> Export in % der Produktion.

Rohstoffverbrauch der Textilindustrie<sup>1)</sup>

Zeit	Baumwolle	Zellwolle B-Typ	Zusammen	Schafwolle	Zellwolle W-Typ	Zusammen	Hanf	Flachs	Jute	Reißspinnstoffe	Baumwollgarne	Zellwollgarne B	Streichgarne	Kammgarne	Zellgarne W	Kunstseiden-garne	Leinen-garne	Hanf-garne	Jute-garne	in Tonnen		
1937 Ø	3.083	.	3.083	833	.	833		1.130	623													
1948 Ø	1.216	390	1.606	432	205	637	140	144	134	700	682	184	375	40	28	70	28	34	5			
1949 Ø	1.686	584	2.270	655	363	1.018	226	141	275	847	1.099	310	489	115	28	138	44	50	26			
1950 Ø	1.758	857	2.615	772	338	1.060	474	153	458	877	1.259	509	548	170	63	132	60	68	59			
1950 I.	1.655	889	2.544	776	340	1.116	279	165	413	906	1.247	467	557	154	60	137	70	71	56			
II.	1.705	792	2.497	783	315	1.098	417	153	439	918	1.072	513	557	151	46	139	51	72	53			
III.	1.882	978	2.860	922	406	1.328	1.115	189	660	1.051	1.289	577	652	227	52	142	58	78	70			
IV.	1.446	927	2.373	719	297	1.016	482	163	409	866	1.115	530	503	156	51	133	70	76	56			
V.	1.653	891	2.544	724	392	1.116	600	147	476	860	1.186	492	447	146	60	115	73	117	57			
VI.	1.911	870	2.781	798	338	1.136	513	181	355	765	1.289	500	507	143	68	123	65	40	54			
VII.	1.550	791	2.341	776	261	1.037	560	76	322	591	1.055	426	380	145	44	105	42	60	45			
VIII.	1.757	697	2.454	570	211	781	507	175	410	790	1.352	462	526	141	51	133	54	49	65			
IX.	1.927	863	2.790	683	334	1.017	324	170	368	829	1.311	526	635	216	70	128	54	54	58			
X.	1.996	838	2.834	743	339	1.082	279	158	444	1.011	1.578	560	530	203	86	154	61	81	70			
XI.	1.974	896	2.870	615	428	1.043	322	143	658	971	1.414	570	675	186	86	134	61	71	69			
XII.	1.633	856	2.489	559	391	950	286	113	546	966	1.201	490	612	168	87	142	55	47	55			

<sup>1)</sup> Nach Angaben des Fachverbandes der Textilindustrie.

planmäßig fortgeführt. Eine Reihe von Papiermaschinen wurde bereits in den USA und Deutschland bestellt, ebenso werden Zellulosefabriken erweitert und besonders die Energieanlagen — die Papierindustrie verbrauchte im Jahre 1950 381.324 t Kohle, d. s. 11,7% des gesamten Industriekohlenverbrauches — werden modernisiert. Ein Teil der Investitionen soll bereits im heurigen Sommer fertig werden. Das ganze Programm wird allerdings erst nach 1952 beendet sein. Neben einer durchgreifenden Rationalisierung wird auch die Kapazität besonders bei Zellulose, Rotationspapier und Pappe erweitert werden.

Die Versorgung der inländischen Textilindustrie mit Zellwolle ist schwierig geworden, weil die Belieferung der Zellwollefabrik mit Zellulose nicht mehr ausreicht. Im Jänner mußte das Werk, das neben der Inlandsversorgung auch bedeutende Exporte durchführt, die Erzeugung von über 100 t pro Tag auf 70 t einschränken. Diese Erzeugung reicht aber nur knapp für den Inlandsverbrauch.

Lenzing muß aber für die Beschaffung unbedingt notwendiger Hilfsstoffe — auch in einigen Handelsverträgen, besonders mit Polen, ist Zellwolle nicht zu ersetzen — größere Exporte durchführen. Man hofft, zusätzliche Mengen von Zellulose noch aufzubringen. Sollte das nicht gelingen, wäre eine Einschränkung der Inlandsbelieferung nicht zu vermeiden. Der Inlandsverbrauch an Zellwolle hat in den letzten Jahren bedeutend zugenommen (gegenüber 1948 im Jahre 1949 um 59% und im Jahre 1950 um 101%). Der Baumwollverbrauch ist in der gleichen Zeit nur um 39% und 45%, der Wollverbrauch um 52% und 67% gestiegen. Das Verhältnis zwischen natürlichen und künstlichen Fasern hat sich also in den letzten zwei Jahren verändert. Während im Jahre 1948 auf dem Baumwollsektor nur 24% und auf dem Wollsektor nur 32% des Rohstoffbedarfes durch Zellwolle gedeckt wurden, waren es im Durchschnitt des Jahres 1950 bereits 33% und 32%. In den letzten Monaten des Jahres 1950 hat der Zellwollverbrauch wegen der Verknappung der Baumwoll- und Wollzufuhr noch stärker zugenommen. Im Dezember 1950 wurden 34% des Baumwoll- und 41% des Wollverbrauches durch Zellwolle ersetzt.

Die Glanzstofffabrik St. Pölten (USIA) hat in der letzten Zeit die Kunstseidenlieferungen an den Inlands-

markt beträchtlich erhöht. Derzeit werden etwa 75% der Erzeugung, die durch Modernisierung ausgeweitet wurde, der österreichischen Wirtschaft zur Verfügung gestellt. Das Unternehmen ist bereits bis Ende Juni durch österreichische Bestellungen ausverkauft.

Die Gesamtproduktion der Textilindustrie war im Jahre 1950 um 22,9% höher als 1949. Im Dezember ist sie saisonbedingt um 12,2% zurückgegangen. Dementsprechend hat auch der Energieverbrauch sowohl an Kohle als auch an elektrischer Energie abgenommen.

Energieverbrauch der Textilindustrie

Monat	Kohle und Heizöl	Insgesamt	Stromverbrauch	
			Eigenstrom	Fremdstrom
in Millionen kWh				
1950 I.	16.653	15'2	9'2	6'0
II.	16.404	14'7	9'0	5'7
III.	13.536	16'1	10'0	6'1
IV.	12.272	13'8	8'5	5'3
V.	15.619	13'3	8'3	5'0
VI.	9.920	13'7	8'1	5'6
VII.	7.866	11'1	6'2	4'9
VIII.	9.241	12'5	7'0	5'5
IX.	11.158	14'7	8'2	6'5
X.	14.007	15'7	8'9	6'8
XI.	15.865	17'2	10'3	6'9
XII.	15.827	16'9	10'1	6'8

Die Leder- und Schuhindustrie hat die Erzeugung im Dezember ebenfalls eingeschränkt. Der Produktionsindex sank um 18,2%. Der Rückgang in der Schuherzeugung wird vor allem auf den Mangel an Oberleder zurückgeführt. Gegenüber 1949 betrug die Produktionssteigerung im Jahre 1950 nur 8,2%, ist somit die geringste von allen Industriezweigen. Auch verglichen mit der Produktion von 1937 liegt sie mit 83,6% an letzter Stelle, obwohl noch reichliche Kapazitätsreserven vorhanden sind.

Der Index der Nahrungs- und Genussmittelindustrie ist im Dezember nur geringfügig (um 2,7%), die Tabakwarenerzeugung im Jänner stärker (um 13,5%) gesunken.

## Umsätze

Dazu statistische Übersichten S. 100

Im Jänner war der Geschäftsgang im Einzelhandel übersaisonnmäßig gut. Zwar waren die Umsätze allgemein (ausgenommen Meterware) niedriger als im Dezember, der Rückgang war jedoch weitaus geringer als im gleichen Monat der Vorjahre. Während normalerweise die Verkäufe im Jänner um 60 bis 70% unter die vom Dezember sinken, nahmen sie in diesem Jahr trotz dem ungewöhnlich guten Dezembargeschäft in den Wiener Warenhäusern nur um 43%, in den Konsumgenossenschaften um 36% und im Gesamteinzelhandel um 40% ab. Die Umsätze vom Jänner 1950 wurden durchwegs beträchtlich (in einzelnen Branchen bis um 200%) übertroffen.

Saisonnmäßig zu erwartende und tatsächliche Entwicklung der Einzelhandelsumsätze einiger Warengruppen im Jänner

Warengruppe	Saisonindex <sup>1)</sup>	1949	1950	1951
		Veränderung in % der Umsätze von Dezember		
Damenbekleidung.....	64	- 74	- 72	- 64
Herrnenbekleidung.....	57	- 60	- 70	- 33
Meterware.....		- 34	- 46	+ 11
Schuhe.....	64	- 44	- 45	- 40
Hausrat.....	70	- 69	- 68	- 56

<sup>1)</sup> Berechnet auf Grund der Vorkriegsumsätze.

Der von den Weltmärkten ausgehende Preisauftrieb, die Verknappung von guter Ware (teils infolge spekulativer Zurückhaltung), die geplante Rohstofflenkung und die damit verbundene Vorstellung einer Rationierung auch von Fertigwaren veranlaßten die Konsumenten zu Vorratskäufen, die die Nachfrage übernormal belebten. Die Kaufkraft stammte teils noch aus den zusätzlichen Einkommen im Monat Dezember, teils aus Spareinlagen. Aber auch die laufenden Einkommen waren wegen der relativ geringen Abnahme der Beschäftigung im Jänner höher, als saisonmäßig zu erwarten gewesen wäre.

Bemerkenswert ist, daß trotz der lebhaften Nachfrage und den Schwierigkeiten, die der Handel bei der Auffüllung der Lagerbestände hat, auch in diesem Jahr *Inventur- und Saisonschlußverkäufe* veranstaltet wurden. Wettbewerbsgründe, Bemühungen vieler Firmen ein wohllassortiertes, wenn auch kleineres Lager zu besitzen, sowie nicht zuletzt psychologische Erwägungen (um die Konsumenten durch das Ausbleiben der üblichen Sonderverkäufe nicht noch mehr zu beunruhigen) waren hierbei ausschlaggebend. Allerdings haben die Anzeigen solcher Verkäufe gegenüber dem Vorjahr stark abgenommen und auch die Preisnachlässe sowie das bereitgestellte Warensortiment waren meist geringer.

Kundenbesuch und Umsätze beim Inventurverkauf in Wiener Warenhäusern

	1950	1951	1951 in %
	Inventurverkauf in % der restlichen Verkaufstage im Jänner		
Kundenbesuch je Tag.....	119	134	169
Umsatz je Tag.....	102	122	254
Umsatz je Kunde.....	86	90	151

Der Erfolg der diesjährigen Inventur- und Saisonschlußverkäufe war außerordentlich gut; es ist jedoch anzunehmen, daß die Kauflust auch ohne diese Veranstaltungen kaum geringer gewesen wäre. In den Wiener Warenhäusern war der durchschnittliche tägliche Kundenbesuch um 69%, die Tageslosung um 154 höher als während des Inventurverkaufes 1950. Dieser Zuwachs war allerdings nur wenig höher als die allgemeine Umsatzbelebung gegenüber Jänner 1950 (+ 145%). Verglichen mit den restlichen Verkaufstagen im Jänner hat der durchschnittliche tägliche Kundenbesuch während des Inventurverkaufes um 34%, der Umsatz um 22% zugenommen. Das dürfte vorwiegend darauf zurückzuführen sein, daß diese Verkaufsveranstaltungen gerade in die Zeit der größten Kauflust fielen<sup>1)</sup>.

## Einzelhandelsumsätze im Jänner

Geschäftszweig	1949	1950	1951	1951 in %
	Veränderungen gegenüber Dezember des Vorjahres in %			
Wiener Warenhäuser insgesamt.....	- 63	- 64	- 43	244'8
davon:				
Textilien und Bekleidung.....	- 57	- 60	- 33	264'7
Möbel und Hausrat.....	- 70	- 68	- 57	204'6
Sonstiges.....	- 79	- 79	- 81	128'6
Konsumgenossenschaften.....	- 34	- 37	- 36	124'2
Einzelhandel insgesamt.....	- 48	- 49	- 40	183'5
davon:				
Nahrungsmittel.....	- 38	- 39	- 38	124'3
Textilien und Bekleidung.....	- 57	- 59	- 39	251'2
Sonstige Branchen.....	- 76	- 77	- 73	168'4

Die Kauflust der Konsumenten erstreckte sich im Jänner vor allem auf *Textilien und Bekleidung*. In den Wiener Warenhäusern waren die Umsätze nur um 33%, im Gesamteinzelhandel um 39% geringer als im Dezember, dessen Ergebnisse bereits überdurchschnittlich hoch waren, und erreichten nahezu das Dreifache vom Jänner 1950. Besonders groß war die Nachfrage nach Meterware, da sie sich für Bevorratungszwecke am besten eignet. Während die Umsätze von Konfektion und Schuhen gegenüber Dezember um 53% und 40% abnahmen, sind die Verkäufe von Meterware um 11% gestiegen. Vor allem wurden Wollstoffe und Weißwaren gekauft (die Erlöse waren vier- bis fünfmal so hoch wie im Jänner 1950), da gerade bei diesen Waren Preissteigerungen, Qualitätsverschlechterungen und Bewirtschaftungsmaßnahmen befürchtet wurden. Die Verkäufe von *Möbeln und Hausrat* waren zwar um 57% geringer als im Dezember, jedoch mehr als doppelt so hoch wie im Jänner 1950. Am schwächsten war naturgemäß der Geschäftsgang bei den unter „*Sonstiges*“ zusammengefaßten entbehr-

<sup>1)</sup> In den Wiener Warenhäusern wurden die Inventur- und Saisonräumungsverkäufe vom 8. bis 27. Jänner veranstaltet. Auf Grund der Beobachtungen des Handels setzte die rege Nachfrage erst nach dem letzten Feiertag (6. Jänner) ein und flaute gegen Ende des Monats vor allem wegen Erschöpfung der Kaufkraft plötzlich ab.

lichen Waren, die vom Weihnachtsgeschäft besonders profitiert hatten. In den Wiener Warenhäusern waren die Umsätze dieser Abteilungen um 81% geringer als im Dezember und nur um 29% höher als im Jänner 1950. Die Verlagerung der Konsumentennachfrage auf Textilien und Bekleidung ist auch aus der Verteilung der Umsätze der Wiener Warenhäuser auf die verschiedenen Warengruppen zu erkennen. Entfielen im Jahresdurchschnitt 1950 81% auf Textilien und Bekleidung, 6% auf Möbel und Hausrat und 13% auf „Sonstiges“, so betrug die Anteile im Jänner 1951 89% (Textilien), 5% (Möbel und Hausrat) und 6% (Sonstiges). Die Vorratskäufe von *Nahrungsmitteln*, die im Dezember wieder auflebten, haben im Jänner stark nachgelassen. Der Absatz nahm im saisonmäßigen Ausmaß ab (um 38%) und war trotz Preiserhöhungen<sup>1)</sup> nur um 24% höher als im Jänner 1950.

Die Eingänge an *Umsatzsteuer* (einschließlich Bundeszuschlag) stiegen im Jänner auf 237 Mill. S (um 19%). Da die Einzelhandelsumsätze im Dezember stärker zugenommen haben, war offenbar die Geschäftstätigkeit in den vorgelagerten Stufen weitaus schwächer. Vermutlich werden auch noch Nachtragszahlungen eingehen.

Die Einnahmen aus *Verbrauchssteuern* nahmen im Jänner um 43% auf 130 Mill. S zu, waren jedoch um 3% geringer als im Jänner 1950. Am stärksten stieg der Ertrag der Biersteuer (von 4 Mill. S auf 17 Mill. S). Daraus kann auf einen guten Absatz der hochgrädigen Spezialbiere zu Weihnachten geschlossen werden<sup>2)</sup>.

Auch die Tabak- und die Zuckersteuer brachten infolge des höheren Weihnachtskonsums um 32% und 36% mehr ein als im Vormonat.

Im Gegensatz zur allgemeinen Geschäftsbelegung im Einzelhandel nahmen die *Umsätze der Tabakregie* im IV. Quartal 1950 wertmäßig um 5% ab. Dieser Rückgang war ausschließlich auf die um 5% geringeren Zigarettenverkäufe und ihre weiter sinkenden Durchschnittspreise zurückzuführen; der Absatz von Zigarren nahm dagegen um 22% zu, der von Rauchtobaken blieb gleich. Abgesehen von Saisoneinflüssen<sup>3)</sup> ist diese Entwicklung zum Teil auch der vorübergehend wieder stärker auflebenden Konkurrenz des „schwarzen“ Zigaretten-

marktes<sup>4)</sup> zuzuschreiben. Trotzdem wurden die Umsätze des IV. Quartals 1949 wertmäßig um 2% übertroffen.

### Verbrauch von Tabakwaren im Jahre 1950

Im Jahre 1950<sup>5)</sup> hat die Tabakregie fast 6 Mrd. Zigaretten, 58 Mill. Zigarren, 1,459 t Rauchtobak und 25 t Schnupftobak oder — umgerechnet auf Tabak mittels durchschnittlicher Gewichte aus der Vorkriegszeit — insgesamt 7.460 t abgesetzt. Obwohl der Zigarettenabsatz seit 1949 um 25% zugenommen hat und schon um 42% höher als 1937 war, erreichte der legale Tabakwarenverbrauch wegen des immer noch stark zurückbleibenden Konsums von Rauchtobaken und Zigarren<sup>6)</sup> erst 86% von 1937. Einschließlich der illegalen Zigarettenumsätze (schätzungsweise 900 Mill. Stück) war der gesamte Tabakwarenverbrauch im Jahre 1950 um 10% höher als 1949, jedoch noch immer um 4% niedriger als 1937.

### Umsätze der Tabakregie im Jahre 1950

Zeit	Zigaretten	Zigarren	Rauchtobak	Schnupftobak	Umsätze insp. <sup>1)</sup> Mill. S
	Mill. Stk.	1.000 Stk.	t	kg	
I. Quartal.....	1.346'8	11.954	311'4	6.300	356'9
II. Quartal.....	1.533'9	13.646	351'9	6.200	403'9
III. Quartal.....	1.584'1	14.669	398'2	6.200	425'3
IV. Quartal.....	1.508'3	17.947	397'5	6.600	405'8
I.—IV. Quartal...	5.973'1	58.216	1.459'0	25.300	1.591'9
1950 in % v. 1937	141'8	56'5	35'6	26'1	565'5
1950 in % v. 1949	125'0	97'0	114'3	93'7	116'3

<sup>1)</sup> Konsumentenwerte.

Die Verkaufserlöse der Tabakregie nahmen im Jahre 1950 um 16% zu und erreichten mit 1'59 Mrd. Schilling ihren höchsten Nachkriegsstand. Bezieht man auch die illegalen Umsätze ein (schätzungsweise 150 Mill. S gegenüber 450 Mill. S im Jahre 1949), so dürften sich die Gesamtausgaben für Tabakwaren von 1'82 Mrd. S im Jahre 1949 auf 1'74 Mrd. S im Jahre 1950 (um 4%) vermindert haben.

<sup>4)</sup> In letzter Zeit besitzt die Regiezigarette eine Konkurrenz nur in den bulgarischen Zigaretten, deren Angebot jedoch sehr stark schwankt. Der Preis der gängigsten Sorte (Arda), die qualitativ und geschmacklich etwa zwischen der „Austria III“ (16 Groschen je Stück) und der „Donau“ (25 Groschen) liegt, betrug zuletzt 12 bis 13'5 Groschen je Stück.

<sup>5)</sup> Über die Entwicklung des Tabakwarenabsatzes in den Jahren 1946 bis 1949 siehe Nr. 3 der Monatsberichte, Jg. 1950, S. 117 ff. („Der Verbrauch von Tabakwaren“).

<sup>6)</sup> Der niedrige Verbrauch von Zigarren und Rauchtobaken (57% und 36% von 1937) beruht vor allem auf Änderungen der Verbrauchsgewohnheiten. Sie werden noch dadurch gefördert, daß sich die Preisrelationen zwischen den einzelnen Produkten zugunsten der Zigaretten verschoben haben. Sieht man von Qualitätsunterschieden ab, so betrug im Jahre 1950 der Index der Durchschnittspreise für Zigaretten 517, für Zigarren 547 und für Zigaretten- und Rauchtobak 655% von 1937.

<sup>1)</sup> Nach dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes um 4%.

<sup>2)</sup> Bei der Biersteuer ist der Steuersatz nach der jährlichen Produktionsmenge und dem Stammwürzegehalt gestaffelt.

<sup>3)</sup> Auch in den Vorkriegsjahren waren die Tabakwarenumsätze im IV. Quartal insbesondere infolge des abnehmenden Zigarettenverkaufs um 3% (1936) bis 4% (1937) geringer als im III. Quartal. Im Vorjahr wurde der Saisoneinfluß durch die stark steigende Tendenz der Umsätze überlagert (Zunahme um 3%).

Ein abermaliges Sinken der Ausgaben für Tabakwaren bei gleichbleibendem oder steigendem Verbrauch wird allerdings durch eine weitere Beschränkung des schwarzen Marktes nicht erreicht werden, da der durchschnittliche Preis für illegal eingeführte Zigaretten bereits unter den legalen gesunken ist (16'7 Groschen gegenüber 23'8 Groschen je Stück). Nur wenn die bestehenden Sorten verbilligt oder neue billige und gute eingeführt werden, könnte der Tabakwarenaufwand der Konsumenten vermindert und ihr Genußmittelbudget beträchtlich entlastet werden<sup>1)</sup>.

Die Eingänge an Tabaksteuer (einschließlich Aufbauszuschlag) nahmen von 924'9 Mill. S im Jahre 1949 auf 997'7 Mill. S im Jahre 1950 (um 7'9%) zu. Da die Verkaufserlöse in der gleichen Zeit um 16% stiegen, verminderte sich die steuerliche Belastung von 67'6% auf 62'7%. Das erklärt sich vor allem daraus, daß sich der Zigarettenabsatz immer mehr auf billigere Sorten verlagert<sup>2)</sup> (der durchschnittliche Zigarettenpreis sank von 25'9 Groschen je Stück im Jahre 1949 um 8%, auf 23'8 Groschen).

### Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten S. 101—105

Die Beschäftigung ging im Jänner zwar weiter saisonmäßig zurück, erreichte aber ihren winterlichen Tiefpunkt bereits Ende Jänner, während sie im Vorjahr noch bis Mitte Februar gesunken war.

Von Ende Dezember bis Ende Jänner nahm die *Gesamtbeschäftigung* um 50.500 (im Vorjahr um 54.400) auf 1.833.100 ab und erreichte dadurch die gleiche Höhe wie im Jänner 1950. Der anhaltende Rückgang der Zahl der Landarbeiter wurde durch die Mehrbeschäftigung in den anderen Wirtschaftszweigen ausgeglichen. In der *Landwirtschaft* waren Ende Jänner 1951 nur 208.000 Personen krankenversichert, d. s. um 13.000 weniger als ein Jahr früher, wobei sich der Rückgang ziemlich gleichmäßig auf alle Bundesländer verteilt. Von

### Beschäftigung in der Landwirtschaft nach Bundesländern Ende 1949 und 1950

Bundesland	31. Dezember 1949	31. Dezember 1950	31. XII. 1949 = 100
Wien .....	7.481	6.798	90'9
Niederösterreich .....	54.727	51.445	94'0
Burgenland .....	6.331	5.940	93'8
Oberösterreich .....	57.821	54.193	93'7
Steiermark .....	50.484	47.725	94'5
Kärnten .....	20.343	19.733	97'0
Salzburg .....	14.605	13.996	95'8
Tirol .....	12.676	11.897	93'9
Vorarlberg .....	2.920	2.817	96'5
Insgesamt .....	227.388	214.544	94'4

<sup>1)</sup> Der Anteil der Genußmittel am gesamten privaten Konsum betrug in den Jahren 1948 und 1949 — schätzungsweise — 17% und 13% gegenüber nur 9% im Jahre 1937.

<sup>2)</sup> Die Steuersätze der Tabaksteuer sind nach Mengen und Kleinverkaufswerten gestaffelt.

Ende 1949 bis Ende 1950 ist die Zahl der landwirtschaftlichen Arbeiter in allen Bundesländern um etwa 4 bis 6% zurückgegangen.

Gleichzeitig jedoch ist die Zahl der arbeitslosen Landarbeiter gestiegen und erreichte Ende Jänner 1951 11.700, d. s. um 3.900 oder 49% mehr als vor einem Jahr. Von allen Berufsgruppen, die Textilindustrie ausgenommen, weist daher die Landwirtschaft die relativ stärkste Steigerung der Arbeitslosigkeit auf. Viele dieser arbeitslosen Landarbeiter dürften nicht mehr in die Landwirtschaft zurückkehren wollen. Der erste Schritt aus der Landwirtschaft heraus führt häufig in das lokale Bau- und Fremdenverkehrsgewerbe. Im Winter werden aber diese ehemaligen Landarbeiter in ihren neuen Berufen vielfach arbeitslos und erscheinen dann statistisch wieder als arbeitslose Landarbeiter auf, ohne eine landwirtschaftliche Betätigung wieder aufnehmen zu wollen. Die hohe Zahl der arbeitslosen Landarbeiter und die Gleichmäßigkeit des Rückganges der landwirtschaftlichen Beschäftigung läßt jedoch vermuten, daß die abnehmende Beschäftigung auf dem Lande nicht nur aus der „Landflucht“ zu erklären ist, sondern daß es sich zum Teil auch um einen echten Stellenschwund, nicht zuletzt infolge der Mechanisierung der Landwirtschaft, handelt. Freie Stellen am Lande, jedoch zu schlechten Bedingungen und Löhnen, die unter dem Tarif bleiben, sind ebensowenig wie in allen anderen Wirtschaftszweigen ein Hinweis auf einen echten, ungestillten Arbeitskräftebedarf.

Der Rückgang der Beschäftigung in der Landwirtschaft wird, wie bereits erwähnt, durch eine Mehrbeschäftigung in den anderen Wirtschaftszweigen ausgeglichen. In der *industriell-gewerblichen* Gruppe waren Ende Jänner 1951 1.388.500 Personen beschäftigt gegenüber 1.383.000 ein Jahr früher. Allerdings ist diese Mehrbeschäftigung ausschließlich bei den Angestellten eingetreten, deren Zahl mit 337.800 um 9.000 höher war als vor einem Jahr (328.700). Die Zahl der Arbeiter hingegen war mit 1.050.700 um 3.600 niedriger als im Jänner 1950.

Dieses Zurückbleiben des Arbeiterstandes in Industrie und Gewerbe hinter dem Vorjahr bei gleichzeitiger Zunahme der Zahl der Angestellten ist nun schon seit Oktober vorigen Jahres festzustellen. Zum Teil ergibt sich diese Bewegung aus verstärkten Saisonschwankungen und war als solche auch schon im vorigen Winter bemerkbar. Während nämlich im allgemeinen die Beschäftigtenentwicklung bis in die letzte Zeit noch leicht steigend war, haben die Einschränkungen in der toten Saison an Bedeutung zugenommen. Von dieser Saisonarbeitslosigkeit werden

aber ausschließlich die Arbeiter betroffen, während bei der Angestelltenbeschäftigung der aufwärtsgerichtete Trend auch in den Wintermonaten sichtbar bleibt.

Neben diesem saisonalen Einfluß ist jedoch auch ein Unterschied in der langfristigen Entwicklung bei den Arbeitern und Angestellten festzustellen. Die Durchschnittszahl der beschäftigten Arbeiter stieg von 1949 auf 1950 nur um 0,4%, die der Angestellten aber um 2,1%, so daß sich der Anteil der Angestellten an den Beschäftigten in Industrie und Gewerbe von 22,6% im Jahre 1949 auf 22,9% im Jahre 1950 erhöhte. Dieser Vorsprung der Angestellten spiegelt sich auch bei den Stellensuchenden wider. Als einzige von allen Berufsgruppen konnten die männlichen Angestellten im Jahre 1950 einen wenn auch nur sehr geringen Rückgang ihren Stellensuchenden gegenüber 1949 verzeichnen (von 10.800 auf 10.600). Die Zahl der weiblichen Angestellten, die Stellen suchen, stieg zwar von 6.700 im Jahre 1949 auf 9.100 im Durchschnitt des Jahres 1950, doch handelt es sich hier bekanntlich vor allem um einen Zustrom neuer Arbeitskräfte. Obwohl die Gesamtzahl der stellensuchenden Angestellten heute noch immer relativ bedeutend größer ist als vor dem Krieg — damals repräsentierten sie etwa ein Zehntel, heute aber nahezu ein Sechstel aller Stellensuchenden — und sogar den absoluten Stand von 1929 überschreitet, so ist doch angesichts der Steigerung der Arbeitslosigkeit in den anderen Sparten das Problem der Angestelltenarbeitslosigkeit als Sonderproblem, so wie es in den ersten Nachkriegsjahren existierte, weitgehend in den Hintergrund getreten.

Die verfügbaren Globalzahlen der Beschäftigung lassen es leider nicht zu, den Ursachen dieser relativen Verschiebung zugunsten der Angestellten auf den Grund zu gehen<sup>1)</sup>. Es kann sich um eine Änderung in der Wirtschaftsstruktur zugunsten „angestelltenintensiverer“ Wirtschaftszweige handeln, oder um eine Verschiebung der Produktion von kleineren zu größeren Betrieben. Es kann sich aber auch um eine allgemein zunehmende Bürokratisierung in der Industrie handeln. In diesem Fall würde die Ersparnis an manuellen Arbeitskräften, die durch Produktivitätssteigerungen ermöglicht wird, zumindest zum Teil durch eine vergrößerte Angestelltenschaft wettgemacht. Bis zu einem gewissen Grad wird das oft unvermeidlich sein. Aber

<sup>1)</sup> Kleinere Ungenauigkeiten ergeben sich auch aus der Tatsache, daß die nicht pragmatisierten öffentlich Bediensteten als Krankenversicherte ebenfalls im industriell-gewerblichen Sektor aufscheinen, im Falle der Pragmatisierung aber in den öffentlichen Sektor übertragen werden.

das Hauptziel der Produktivitätssteigerung muß zweifellos sein, für eingesparte Arbeitskräfte neue Maschinen und Werkzeuge bereitzustellen, da nur auf diese Weise die dringend benötigte Steigerung der materiellen Produktion erreicht werden kann.

Eines besonderen Hinweises bedarf noch die Beschäftigung im *Bergbau*. Entgegen den saisonmäßigen Erwartungen zeigte sie im Jänner eine Zunahme um 200 und erreichte mit 34.000 einen neuen Höhepunkt. Der wachsende Mangel an Rohstoffen und die beabsichtigte Modifizierung des Investitionsplanes zugunsten der Grundstoffindustrien lassen ein weiteres Anwachsen der Beschäftigung in dieser Sparte erwarten, um so mehr als bei der in aller Welt herrschenden Knappheit Rentabilitätsabwägungen in den Hintergrund treten werden.

Der Beschäftigtenabnahme von 50.500 im Jänner steht eine Zunahme der *Stellensuchenden* von nur 36.600 gegenüber. So wie in jedem Winter hat sich demnach ein Teil der vorübergehend entlassenen Arbeitskräfte, die keinen Anspruch auf Unterstützung haben, beim Arbeitsamt nicht gemeldet<sup>2)</sup>. Die tatsächliche Zahl der Stellensuchenden war daher Ende Jänner etwas höher als die 220.800, die bei den Arbeitsämtern vorgemerkt waren.

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit war, nachdem sie im Herbst früher eingesetzt hatte, nun etwas günstiger als im Vorjahr. Die Zunahme im Jänner war mit 36.600 bedeutend geringer als im Vorjahr (+ 49.500) und war vor allem ausschließlich auf die erste Jännerhälfte beschränkt. Seit Mitte Jänner zeigt die Arbeitslosigkeit einen langsamen Rückgang — die Zahl der verfügbaren Arbeitslosen fiel von 219.400 am 15. Jänner auf 219.200 am 31. Jänner und auf 213.100 am 15. Februar — während sie im Vorjahr bis Mitte Februar stieg. Allerdings war sie heuer Mitte Februar noch immer um 17.600 größer als der Höchststand ein Jahr vorher.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit seit 15. Jänner ist auf das Winterbau- und Notstandsprogramm zurückzuführen. Das geht ganz klar daraus hervor, daß der Rückgang ausschließlich im Bau- und Baustoffgewerbe erfolgte. Zwischen 15. Jänner und 15. Februar ging die Gesamtarbeitslosigkeit um 6.300, die Bauarbeitslosigkeit aber um 7.400 zurück. Außerhalb des Bausektors muß demnach die Arbeitslosigkeit um 1.100 zugenommen haben<sup>3)</sup>.

<sup>2)</sup> Zum Teil dürften sich die Verschiebungen aus der verzögerten Aufarbeitung der Anmeldungen von Stellensuchenden ergeben.

<sup>3)</sup> Sie stieg zwischen 15. und 31. Jänner um 2.000 und ging dann bis 15. Februar um 900 zurück.

Der Erfolg des Winterbauprogrammes war zweifellos durch das abnormale milde Wetter begünstigt. Im Jänner lag die Temperatur in ganz Österreich um 2 bis 3 Grad über der Normaltemperatur, während sie im Vorjahr im Süden und Osten Österreichs bis zu 3 Grad unter der Normaltemperatur blieb und nur in Westösterreich darüber lag. Auch im Februar hielt die milde Witterung an und auch die Niederschlagsarmut im östlichen Österreich kam der Bautätigkeit zugute. Da in Zukunft nicht immer mit ähnlichen günstigen Umständen gerechnet werden kann, so ergibt sich als wichtigste Lehre des diesjährigen Versuches zur Bekämpfung der Winterarbeitslosigkeit, daß zur Erzielung eines merklichen Erfolges der Einsatz womöglich größerer Summen als in diesem Winter und das Studium spezieller Winterbaumethoden — wie das etwa in Schweden und Polen geschieht — erforderlich sind.

## Verkehr

Dazu statistische Übersichten S. 106—107

Die Güterverkehrsleistungen der Bundesbahnen gingen im Monat Jänner auf 492'8 Mill. Nutzlast-Tonnenkilometer zurück (Dezember: 574'6) und dürften damit den saisonalen Tiefpunkt erreicht haben. Die Zahl der täglichen Wagengestellungen (Voll- und Schmalspur) sank auf 5.211 (Dezember: 5.806), lag jedoch um 13% über dem Vorjahresstand. Im Transitverkehr scheint der sprunghafte Anstieg auf 114'2 Mill. Netto-Tonnenkilometer im Dezember nur vorübergehend gewesen zu sein; die Jänner-Leistungen lagen mit 85'3 Mill. Nettot-km und 277.764 beförderten Tonnen (Dezember: 347.631 t) wieder auf dem durchschnittlichen Niveau des Jahres 1950. Im Personenverkehr wurden 5'04 Mill. Karten verkauft, 10% weniger als im Dezember.

Die für die österreichische Wirtschaft bedeutsamen Besprechungen über den Deutsch-Österreichischen Seehafentarif (DÖS) und den Deutsch-Österreichischen Seehafen-Donau-Umschlagtarif (DÖSDU), die am 26. Jänner 1951 in Regensburg stattfanden, führten nur zu einem bis Herbst 1951 befristeten Provisorium. Für den DÖS wurde gegenüber dem Seehafentarif Österreich-Triest eine Höchstspanne von 30% und eine Mindestspanne von 17% vorgesehen, wobei jedoch der Anteil<sup>1)</sup> der Deutschen Bundesbahnen aus den Frachtsätzen je Tonne und Kilometer nicht geringer als 2'5 bzw. 2'6 scmts (je nach Güterart) sein darf. In den Tarif

wurden vorläufig nur 7 Artikeltarife<sup>2)</sup> in der Richtung von Seehäfen und 5 AT<sup>3)</sup> in umgekehrter Richtung aufgenommen, allerdings für den österreichischen Export und Import entscheidende Waren. Wenn auch die im DÖS erstellten Frachtsätze niedriger sein werden als die bisherigen, so enthält doch der kartellartige Charakter dieser Vereinbarungen gewisse Gefahren für die österreichischen Verfrächter, da jede Tariferhöhung auf den italienischen Bahnen zwangsläufig auch die DÖS-Frachtsätze erhöht. Die Zustimmung Österreichs zu der Frachtdifferenz zwischen Adria und Nordsee war vielleicht nicht zu umgehen; wie sich die Beschränkung der Konkurrenz auf die weitere Gestaltung des Frachtniveaus auswirken wird, kann erst die weitere Entwicklung zeigen. Voraussichtlich wird der Tarif am 1. April in Kraft treten, wobei jedoch die endgültige Gestaltung des Tarifes einem späteren Zeitpunkte vorbehalten ist.

Im Donauumschlagtarif (DÖSDU), der hauptsächlich für Linz und vielleicht später für Wien praktische Bedeutung hat, wurde die verkehrsgeographisch besondere Lage dieser Donauhäfen dadurch berücksichtigt, daß die Frachtdifferenz gegenüber den Adriasätzen nur 1%, betragen soll; mit wachsender Entfernung des Hafeneinzugsgebietes steigt der Differenzsatz allmählich bis zu 12% für einen Umkreis von über 100 km. Die Bahnverwaltungen von Triest und Italien haben gegen diesen Tarif Einspruch erhoben, obwohl der kombinierte Frachtweg dazu beiträgt, z. B. den ungünstigen Standort der Linzer Schwerindustrie zu verbessern. Bekanntlich hat seinerzeit der Wasserweg und kombinierte Frachtweg bei der Standortauswahl der Linzer Werke entscheidend mitgewirkt. Die Forderung jener Bahnverwaltung, die Differenzsätze zu erhöhen, würde diese Vorteile zugunsten fremder Interessen schmälern. Nach dem bisherigen Stand der Besprechungen dürfte jedoch der DÖSDU trotz dem Einspruch wirksam werden.

Der Fremdenverkehr entwickelte sich in den Monaten November und Dezember saisonüblich. Nach einem Rückschlag um 27% im Oktober stieg er im Dezember wieder auf 604.072 Übernachtungen, d. s. 34% mehr als im Jahre 1949, aber nur 84% des Vorkriegsstandes (1936). Der Ausländerver-

<sup>2)</sup> Erdöl und Destillate (AT 101); Eisenerz und Schwefelkiesabbrände (AT 102) nach Linz; Fette, Öle (AT 103); Fische (AT 104); Häute, Felle (AT 105); Pflanzenfasern (AT 106); Schafwolle (AT 107).

<sup>3)</sup> Holzhäuser, Baracken (AT 201); Kalkammonsalpeter (AT 202); Graphit (AT 203); Holzfasers-Sperrholzplatten (AT 205); Magnesit (AT 207).

<sup>1)</sup> Anteil an den Frachtkosten vom Versandbahnhof (z. B. Wien) bis Seehafen oder umgekehrt.



kehr, dessen saisonale Schwankungen größer sind (November minus 47,3%; Dezember plus 121,3%), überschritt das Ergebnis vom Dezember 1949 um 40,6%. Die Frequenz in den einzelnen Wintersportgebieten war wieder sehr unterschiedlich. Von den 194.479 Übernachtungen entfielen 33,8% auf Tirol, 26,3% auf Vorarlberg und 16,5% auf Salzburg, so daß sich (nach Abzug des restlichen Fremdenverkehrs) Steiermark und Kärnten mit 12.618 Ausländer-Nachtigungen oder 6,5% begnügen mußten. Da auch in diesen Ländern reichhaltige Wintersportmöglichkeiten bestehen, wäre eine verstärkte Werbung für diese Länder angebracht, wobei freilich das Beherbergungsgewerbe und die sonstige wintersportliche Ausstattung dieser Gebiete im Investitionsprogramm entsprechend berücksichtigt werden müßte.

*Ausländer-Fremdenverkehr in den einzelnen Bundesländern*

1949/50	Österreich	Wien	Salzburg	Tirol	Vorarlberg	Übrige
	1.000 Übernachtungen					
November .....	80'9	38'8	13'7	9'0	9'2	9'1
Dezember .....	138'3	34'0	19'1	45'5	28'2	11'5
Jänner .....	219'2	36'3	24'0	82'2	62'4	14'3
Februar .....	297'0	33'6	24'5	101'6	124'5	12'8
März .....	310'9	42'8	26'5	77'0	151'2	14'4
April .....	191'3	48'7	29'7	43'6	50'8	18'6
Mai .....	185'3	47'8	48'0	41'0	19'4	29'1
Juni .....	379'1	50'0	110'9	120'8	43'6	53'7
Juli .....	848'1	62'1	243'3	284'5	99'0	159'2
August .....	1.218'3	85'2	340'0	396'9	157'8	238'4
September .....	484'6	59'3	159'9	118'8	60'1	86'4
Oktober .....	166'7	39'0	55'6	24'5	16'3	31'4
November .....	87'9	31'1	20'1	10'1	10'0	16'5
Dezember .....	194'5	24'8	32'1	65'8	51'1	20'7

**Außenhandel**

Dazu statistische Übersichten S. 108—110

Als um die Jahreswende erkannt worden war, daß die seit Mitte 1950 geübte Zurückhaltung in der Einfuhr verfehlt war, wurden quartalsmäßige *Einfuhrprogramme* aufgestellt. Schon im Jänner erreichten die kommerziellen Importe einen neuen Höchststand. Mit 771'8 Mill. S lagen sie um 73'1 Mill. S über dem Vormonat und um 30'4 Mill. S über dem bisherigen Höchststand (November 1950). Vermehrte Einfuhren trafen insbesondere aus Frankreich, Großbritannien, der Schweiz und Ungarn ein. Zum Teil handelt es sich hier um nachträgliche Lieferungen, die aus der verstärkten Ausnützung der Ausgangsposition bei der EZU im Dezember finanziert wurden, zum Teil macht sich auch eine stärkere Verwendung der Devisenvorräte bemerkbar; sie waren, von kurzen Unterbrechungen abgesehen, zwischen 7. April 1950 und 7. Jänner 1951 von 140 Mill. S auf 474'1 Mill. S gestiegen, fielen aber innerhalb eines Monats — bis 7. Februar — auf 132'9 Mill. S. Seither

sind sie wieder etwas gestiegen; am 28. Februar betrug der Stand 174'3 Mill. S.

Die *Ausfuhr* erlitt im Jänner den erwarteten saisonmäßigen Rückschlag. Sie betrug 641'3 Mill. S, um 115'8 Mill. S weniger als im Vormonat und um 123'8 Mill. S weniger als der bisherige Höchststand (November 1950). Der Rückschlag war geringer, als der bisherigen Saisonerfahrung entspricht, und der saisonbereinigte Index der Ausfuhr erreichte einen neuen Höhepunkt. Er lag um 18% über dem Stand vom Vormonat und um 4% über jenem vom November 1950 (bisheriger Höchststand)<sup>1)</sup>.

Das Sinken der Ausfuhr bei gleichzeitigem Steigen der Einfuhr bewirkte, daß der seit August erreichte Ausfuhrüberschuß im kommerziellen Verkehr einem *Einfuhrüberschuß* von 100 Mill. S Platz machte.

Die sprunghafte Aufwärtsentwicklung der Ausfuhr im vierten Vierteljahr 1950, die bereits aus den Schillingwerten der Ausfuhr hervorging, wird nun durch den zu Preisen von 1937 berechneten *Volumenindex des Außenhandels* vollauf bestätigt. Zum erstmal seit Kriegsende übertraf das Ausfuhrvolumen im vierten Quartal 1950 den Quartalsdurchschnitt von 1937, und zwar gleich um ein volles Drittel. Dies ist eine bemerkenswerte Steigerung, selbst wenn man in Betracht zieht, daß das vierte Quartal ein saisonmäßig gutes ist und der Volumenindex infolge der starken Struktur- und Qualitätsverschiebungen, die sich im Außenhandel vollzogen haben, nicht frei von Fehlerquellen ist<sup>2)</sup>.

Die Ausfuhrsteigerung erfaßte alle Hauptgruppen, in ganz besonderem Maße aber die Gruppe „Lebende Tiere und Nahrungsmittel“. Diese Gruppe, deren Ausfuhrvolumen bisher nicht einmal zwei Drittel des Vorkriegsvolumens erreicht hatte, stieg im vierten Quartal 1950 auf nahezu das Doppelte des Vorkriegsvolumens. Der Hauptgrund für diese Entwicklung liegt in der Lieferung von Zucker an West-

<sup>1)</sup> Es ist zu beachten, daß im Jänner 1951 erstmalig der elektrische Strom in den Außenhandelszahlen aufscheint. Ohne ihn betrug die Ausfuhr nur 636'5 Mill. S und die Steigerung des saisonbereinigten Index gegenüber Dezember und November 17% und 3%.

<sup>2)</sup> Daß sich sowohl bei der Ein- als auch bei der Ausfuhr solche Struktur- und Qualitätsänderungen in größerem Ausmaß vollziehen, ist am besten aus dem aus Volumen- und Wertindex errechneten Preisindex zu ersehen, der seit Frühjahr 1950 keine steigende Tendenz zeigt, was offensichtlich den Tatsachen nicht entspricht und nur aus einer Änderung der Warenezusammensetzung erklärlich ist. Beim Volumenindex sind jedoch die Fehlermöglichkeiten geringer; obendrein zeigt auch das Ausfuhrgewicht im vierten Quartal zum erstmal eine Zunahme gegenüber 1937 und zwar um 10%.

deutschland, der im Veredlungsverkehr in Österreich aus bayrischen Zuckerrüben gewonnen wurde; aber auch die direkte Ausfuhr einer Reihe von Lebensmitteln, wie Rindern, Obst und Gemüse, Hülsenfrüchten, Fett und Molkereiprodukten, nahm einen starken Aufschwung. Die Rohstoff- und die Fertigwarenausfuhr stiegen ungefähr gleich stark. Das Volumen der Fertigwarenausfuhr stieg um 34% auf 129 (1937=100), das der Rohstoffausfuhr um 36% auf 134.

Das Volumen der kommerziellen Einfuhr erholte sich im vierten Quartal von dem äußerst tiefen Stand des dritten Quartals (66% von 1937), blieb aber mit 86,9 noch immer um einen halben Punkt hinter dem im vierten Quartal 1949 erreichten Höchststand zurück. Das Volumen der Rohstoffeinfuhr war jedoch mit 98 höher als in irgendeinem früheren Quartal.

Der starke Aufschwung des Ausfuhrvolumens im vierten Quartal brachte das Volumen für das ganze Jahr 1950 auf den Stand von 101 (1937=100). Das kommerzielle Einfuhrvolumen erreichte hingegen nur — nicht zuletzt infolge der für Österreich ungünstigen Preisschere zwischen Import- und Exportpreisen — einen Stand von 78. Zusammen mit den Hilfslieferungen betrug jedoch die gesamte Einfuhr ebenfalls 101<sup>1)</sup>, so daß das Außenhandelsvolumen im Jahre 1950 sowohl auf der Einfuhr- als auch auf der Ausfuhrseite nahezu genau dem Volumen von 1937 entsprach.

So erfreulich das Ergebnis ist, so muß doch betont werden, daß damit keineswegs schon ein optimaler Zustand erreicht wurde. Es besteht nicht nur das Problem, Finanzierungsmöglichkeiten für die bisher im Rahmen des ERP eingeführten Waren zu finden, auch der Umfang und die Struktur der Einfuhr und damit der Ausfuhr können noch keineswegs befriedigen. Bevölkerung, Produktion und Beschäftigung übersteigen heute das Vorkriegsniveau, so daß ein Außenhandelsvolumen, das dem von 1937 gleichkommt, den heutigen Verhältnissen nicht entspricht. Dazu kommt noch, daß das Volumen der Nahrungsmiteinfuhren und der Rohstoffimporte (mit Ausnahme von Kohle) noch beträchtlich hinter der Vorkriegszeit zurückgeblieben ist und nur das Volumen der Fertigwarenimporte (gesteigerte Investitionen!) darüberliegt. Auf der Exportseite dagegen ist zu beachten, daß die Güterausfuhr heute zum Teil an die Stelle des Fremdenverkehrs und anderer „unsichtbarer“ Einnahmen treten muß, um das Gleichgewicht in der Zahlungsbilanz herzustellen.

<sup>1)</sup> Allerdings betrug das Gesamteinfuhrvolumen im ersten Halbjahr 1950 106, im zweiten Halbjahr dagegen nur 95.

### Gesamteinfuhr Österreichs im Jahre 1950<sup>1)</sup>

	1. Halbjahr	2. Halbjahr (1937=100)	Insgesamt
Lebende Tiere .....	16'09	15'17	15'63
Nahrungsmittel u. Getränke...	112'31	71'04	91'68
Rohstoffe u. halbf. Waren ....	97'65	92'44	95'05
davon: Kohle.....	175'52	147'10	161'33
übrige Rohstoffe...	82'29	81'66	81'97
Fertige Waren .....	132'88	134'92	133'90
Insgesamt.....	105'97	95'44	100'70

<sup>1)</sup> Bezüglich der Details des kommerziellen Einfuhr- und Ausfuhrvolumens siehe Tabelle auf S. 109.

Steht so auf der einen Seite die weitere Ausdehnung des Außenhandelsvolumens nach wie vor zur Diskussion, so sind andererseits verschiedene neue Momente aufgetaucht, deren Auswirkung auf den Außenhandel noch nicht voll abgesehen werden kann.

Auf der Einfuhrseite sind es vor allem interne Maßnahmen, durch die das Einfuhrvolumen etwas gedämpft werden wird. Hierzu gehört zunächst die Verfügung einer Novelle zum Außenhandelsverkehrsgesetz, die am 31. Jänner in Kraft trat und bestimmt, daß die Außenhandelskommission unter Umständen ihre Zustimmung zu Importanträgen von einer geldlichen Sicherstellung bis zu 15% des Fakturenwertes abhängig machen kann. Diese Sicherstellung wird nach der ordnungsgemäßen Durchführung des Geschäftes zurückbezahlt. Wenn von dieser Möglichkeit nicht allzuhäufig Gebrauch gemacht wird, so dürfte sie sich im allgemeinen nicht besonders importhemmend auswirken, kann aber für einzelne Unternehmen, die nicht über die nötigen Kreditmöglichkeiten verfügen, Schwierigkeiten mit sich bringen.

Etwas stärker, wenn auch nicht im Gesamtvolumen so doch bei der Zusammensetzung der Einfuhr, könnte sich die Aufhebung einer Reihe von Zollermäßigungen auswirken, die auf Grund eines Erlasses des Finanzministeriums am 1. März in Kraft trat. Dieser Erlaß, der ausschließlich fiskalischen Erwägungen entspringt, da die Zolleinnahmen hinter den erwarteten Werten zurückblieben<sup>2)</sup>, bringt eine Zollerhöhung für Pneumatiks, Maschinen, Elektrowaren, Kraftfahrzeuge und Chemikalien mit sich. Man erwartet aus dieser Maßnahme einen Zollmehrtrag von über 50 Mill. S. Da es sich hier um Waren handelt, für welche die Nachfrage derzeit ziemlich unelastisch sein dürfte und deren Einfuhr — bisher sowieso durch die Devisenbewirtschaftung eingeschränkt — daher nicht stark leiden wird, dürften diese Erwartungen in Erfüllung gehen.

Auf der Ausfuhrseite kommen die Schwierigkeiten vor allem von außen. Die im Inland mit Wirkung ab 25. Jänner 1951 verfügte Halbierung

<sup>2)</sup> Gegenüber einem Voranschlag von 200 Mill. S brachten die Zolleinnahmen im Jahre 1950 nur 172,4 Mill. S.

der Exportvergütungssätze für Walzware zu Ungunsten der eisenverarbeitenden Industrie dürfte angesichts der Knappheit an Walzware und der großen Nachfrage nach den Erzeugnissen der betroffenen Industriezweige derzeit keine Exportschwierigkeiten nach sich ziehen.

Hingegen können die drastischen Einfuhrbeschränkungen, die Westdeutschland anfang März eingeführt hat, ernste Folgen haben. Westdeutschland, das im Vorjahr seinen Handelsverkehr mit den ERP-Staaten weitgehend liberalisiert hatte, sah sich infolge der erhöhten Einfuhren einem rasch wachsenden Defizit gegenüber. Gewisse kreditmäßige Erschwerungen für Importeure, die im Oktober eingeführt wurden, und ein zusätzlicher EZU-Kredit von 120 Mill. Dollar konnten das Problem nicht lösen, und bis Ende Februar war das Defizit Westdeutschlands gegenüber der EZU auf ungefähr 500 Mill. Dollar gestiegen, wodurch sowohl der ursprüngliche als auch der zusätzliche Kredit bei der EZU, aufgezehrt worden war. Nachdem Westdeutschland angesichts dieser Tatsachen bereits in der zweiten Februarhälfte seine Liberalisierung weitgehend rückgängig gemacht hatte, verhängte es am 1. März ein allgemeines Einfuhrverbot, das nur im Falle lebenswichtiger Einfuhren durchbrochen werden soll.

Obwohl es sich hier zunächst um eine vorübergehende Notmaßnahme handelt, die zumindest in dieser Schärfe auf die Dauer nicht beibehalten werden wird, so werden ihre Auswirkungen auf Österreich doch ernst sein. Österreich hat sich in den letzten Monaten wieder sehr stark auf den deutschen Markt eingestellt. Im vierten Quartal 1950 gingen nahezu 20% der österreichischen Ausfuhr nach Deutschland und auch im Jänner waren es noch 15%. Besonders stark werden die deutschen Maßnahmen jedoch in einzelnen Sparten fühlbar werden. Textilien zum Beispiel, deren Importbeschränkung in Deutschland als besonders wichtig bezeichnet wurde, fanden ihren Auslandabsatz im vierten Quartal 1950 zu 37% auf dem deutschen Markt.

Obwohl diese Veränderungen auf dem westdeutschen Markt besonders stark in die Augen springen, so stellen sie doch in gewisser Beziehung nur Schwierigkeiten dar, die in stärkerem oder schwächerem Ausmaß auch in anderen Ländern zu erwarten sind. Die Umstellung vieler Staaten auf eine Rüstungswirtschaft hat im Außenhandel die Unterscheidung zwischen „notwendigen“ und „nicht notwendigen“ Waren wieder in den Vordergrund gerückt. Selbst die Schweiz, die devisentechnisch zweifellos in der außerordentlich günstigen Lage

ist, den freien multilateralen Handel zu fördern, hat erklärt, daß sie angesichts der gegenwärtig herrschenden Rohstoffknappheit an bilateralen Abmachungen festhalten müsse, um sich auf diese Weise die nötigen Rohstofflieferungen zu sichern. Es ist also damit zu rechnen, daß Österreich beim Absatz seiner „weniger wichtigen“ Waren wieder auf wachsende Schwierigkeiten stoßen wird, während bei der Einfuhr die Beschaffung der „wichtigen“ Waren zum Hauptproblem werden wird. Damit wird die Handelspolitik vor neue, oder vielmehr wieder die alten Aufgaben der Nachkriegsjahre gestellt. Die Beschaffung von Devisen, obwohl nach wie vor ein dringliches Erfordernis, kann nicht mehr das alleinige Ziel der Handelspolitik sein, da selbst gegen freie Dollar gewisse knappe Rohstoffe häufig nicht mehr zu vernünftigen Preisen erhältlich sind. Das Schwergewicht wird vielmehr auf den handelspolitischen Abmachungen und einer günstigen Festlegung von Kontingentlisten liegen, die nicht nur für Österreich Rohstoffe, sondern auch für die Fertigwaren Absatzgebiete sichern und dazu beitragen müssen, daß Österreichs Ausfuhr mit möglichst lebenswichtigen ausländischen Gütern bezahlt wird.

#### *Neue Systematik der Außenhandelsstatistik*

Ab 1. Jänner 1951 werden zur Verbesserung der internationalen Vergleichbarkeit die Ergebnisse des österreichischen Außenhandels nach einer neuen Systematik aufgearbeitet. An Stelle des bisherigen sogenannten „Brüsseler Schemas“ von 1913 tritt eine Systematik, die in den Jahren 1949 und 1950 von der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen entworfen und vom Wirtschafts- und Sozialrat dieser Organisation in einer Resolution zur allgemeinen Annahme empfohlen wurde.

Diese neue Systematik unterscheidet sich vor allem durch eine viel weitgehendere Gliederung. An die Stelle der fünf Hauptgruppen des Brüsseler Schemas treten nun zehn Hauptgruppen, welche die Waren teils nach ihrem Zweck, teils nach ihrem stofflichen Ursprung gliedern. Diese zehn Hauptgruppen sind in 52 Abteilungen, 150 Gruppen und schließlich 570 Untergruppen untergeteilt. Gold und Goldmünzen sind im neuen Schema im Gegensatz zum Brüsseler Schema nicht enthalten, hingegen schließt es die Lieferungen von elektrischem Strom ein, die bisher den Dienstleistungen zugerechnet wurden.

Um die Kontinuität der statistischen Daten zu wahren, beabsichtigt das Statistische Zentralamt, noch für einige Zeit die Gesamtdaten des Außenhandels (nicht aber die länderweise Aufgliederung) auch nach dem Brüsseler Schema aufzugliedern. Das Institut

wird dementsprechend seine Aufstellung „Die Entwicklung des Außenhandels“<sup>1)</sup> zunächst in der bisherigen Einteilung fortführen und erst, wenn die Ergebnisse einer längeren Reihe von Monaten vorliegen, zur neuen Systematik übergehen. Hingegen ist die Aufstellung des Außenhandels nach den wichtigsten Handelspartnern und Waren<sup>2)</sup> bereits von dieser Nummer an auf den zehn Hauptgruppen und den wichtigsten Abteilungen und Gruppen der neuen Systematik aufgebaut.

### Österreichs Zahlungsbilanz 1950

In der letzten Nummer der Monatsberichte veröffentlichte das Institut die Zahlungsbilanz Österreichs bis Ende des dritten Quartals 1950. In der Zwischenzeit hat die Nationalbank die Ergebnisse für das vierte Vierteljahr veröffentlicht, wobei sich allerdings bei einigen Posten noch kleine Revisionen ergeben können. Wir ergänzen daher untenstehend die Zahlungsbilanz, indem wir die Ergebnisse für das vierte Vierteljahr und das ganze Jahr 1950 wiedergeben. Die Vergleichszahlen für 1949 und die erläuternden Bemerkungen, denen durch die neu hinzutretenden Zahlen kein wesentliches neues Licht aufgesetzt wird, sind in der letzten Nummer der Monatsberichte zu finden<sup>3)</sup>.

### Zahlungsbilanz Österreichs 1950<sup>1)</sup>

Ausgänge	1950				Insgesamt
	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	
I. Einführen					
Kommerzielle Warenimporte einschließlich ERP, indirekte Hilfe <sup>2)</sup>	95'50	93'90	73'68	97'25 <sup>3)</sup>	360'33 <sup>4)</sup>
ERP-Lieferungen (direkte Hilfe <sup>5)</sup> )	44'20	31'76	25'58	17'34 <sup>6)</sup>	118'88 <sup>7)</sup>
Sonstige Hilfslieferungen	1'56	1'21	0'83	0'61	4'21
Strombezüge	0'11	0'16	0'20	0'13 <sup>8)</sup>	0'60 <sup>9)</sup>
Summe I...	141'37	127'03	100'29	115'33 <sup>10)</sup>	484'02 <sup>11)</sup>

<sup>1)</sup> Siehe Österreichische Wirtschaftszahlen, S. 108.

<sup>2)</sup> Siehe Österreichische Wirtschaftszahlen, S. 110.

<sup>3)</sup> Siehe Nr. 1 der Monatsberichte, Jg. 1951, S. 23 f.

Ausgänge	1950				Insgesamt
	1. Vierteljahr	2. Vierteljahr	3. Vierteljahr	4. Vierteljahr	
II. Dienstleistungen und Zinsendienst					
Fracht und Spedition	3'38	5'20	3'17	3'97	15'72
Reiseverkehr	0'58	0'82	1'30	0'93	3'63
Sonstige Dienstleistungen <sup>4)</sup>	1'76	1'98	2'11	2'80	8'65
Zinsen	0'16	0'11	0'14	0'12	0'53
Summe II...	5'88	8'11	6'72	7'82	28'53
III. Rückzahlungen von Auslandskrediten					
	0'96	1'48	1'99	2'50	6'93
IV. Netto-Veränderung der kurzfristigen Auslandsguthaben und -verpflichtungen					
	2'56	2'72	11'06	13'93	30'27
Unaufgeklärte Differenz	1'58	0'86	13'61	23'69 <sup>5)</sup>	39'74 <sup>6)</sup>
Summe der Ausgänge	152'35	140'20	133'67	163'27 <sup>7)</sup>	589'49 <sup>8)</sup>
Eingänge					
I. Ausfuhren					
Warenexporte <sup>9)</sup>	67'74	78'17	77'24	102'85 <sup>10)</sup>	326'10 <sup>11)</sup>
Stromlieferungen	0'54	1'73	2'11	1'80 <sup>12)</sup>	6'18 <sup>13)</sup>
Summe I...	68'38	79'90	79'35	104'65 <sup>14)</sup>	332'28 <sup>15)</sup>
II. Dienstleistungen und Zinsendienst					
Fracht und Spedition	2'55	1'59	1'28	1'52	6'94
Reiseverkehr	0'98	2'71	9'47	1'89	15'05
Sonstige Dienstleistungen <sup>4)</sup>	4'77	5'76	7'81	5'81	24'15
Zinsen	—	—	—	—	—
Summe II...	8'30	10'06	18'56	9'22	46'14
III. Inanspruchnahme von Auslandskrediten <sup>16)</sup>					
	0'56	0'96	1'40	1'96	4'88
IV. Finanzierung des Defizits durch Hilfslieferungen					
ERP, direkte Hilfe	44'20	31'76	25'58	17'34 <sup>17)</sup>	118'88 <sup>18)</sup>
ERP, indirekte Hilfe <sup>19)</sup>	29'35	16'31	7'95	29'49	83'10
Sonstige Hilfslieferungen	1'56	1'21	0'83	0'61	4'21
Summe IV...	75'11	49'28	34'36	47'44 <sup>20)</sup>	206'19 <sup>21)</sup>
Summe der Eingänge	152'35	140'20	133'67	163'27 <sup>22)</sup>	589'49 <sup>23)</sup>

<sup>1)</sup> Nach Angaben der Österreichischen Nationalbank. — <sup>2)</sup> Mit Rücksicht auf die Änderung des Schillingkurses erfolgte die Aufstellung der Zahlungsbilanzen in fremder Währung. — <sup>3)</sup> Unter Verwendung der vom Österreichischen Statistischen Zentralamt in fremde Währung umgerechneten Außenhandelsergebnisse. — <sup>4)</sup> Post- und Nachrichtenverkehr, Diplomatische Dienste, Versicherungsgeschäfte u. a. — <sup>5)</sup> Bis Ende Juni 1950 einschließlich Drawing Rights. — <sup>6)</sup> Darunter auch Hilfslieferungen in Form von Krediten: über die Verpflichtung der Rückzahlung wurde noch nicht entschieden. — <sup>7)</sup> Bis Ende Juni 1950 Nettowahlen der Drawing Rights, ab Juli 1950 Initial Position. — <sup>8)</sup> Vorläufige Zahl.